

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 31. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Entwaffnungskrise.

Berlin, 30. Dezember (M.B.) Der Vorsitzende der internationalen Militärkontrollkommission General Nollet hat an den Direktor der Friedensabteilung im Auswärtigen Amt am 23. Dezember 1920 folgende Note gerichtet:

Zwei Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist ist die internationalisierte Militärkontrollkommission noch nicht im Besitze aller Verfügungen, die die beteiligten Länder des Reiches behufs dieser Auflösung zu erlassen hatten. Außerdem hat sie keine Kenntnis davon erhalten, daß irgendeine Ausführungsmaßnahme zur Anwendung der ihr mitgeteilten Verfügungen getroffen worden wäre. An keiner Stelle des Reiches hat die Kontrolle festgestellt, daß die Aufhebung der Sicherheitspolizei durchgeführt oder auch nur im Gange wäre. Sie hat im Gegenteil festgestellt:

daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes ist, als die Sicherheitspolizei, verstärkt um einen Teil der früheren „Blauen Polizei“; daß die Stärke der Polizei in Zivilkleidung eine Vermehrung erfahren hat, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Friedensvertrages nicht rechtfertigen läßt.

Die internationalisierte Militärkontrollkommission nimmt Anstoß an der Verletzung des Friedensvertrages und der Note von Boulogne, die sich aus den oben wiedergegebenen Tatsachen ergibt. Sie beehrt sich, das Verlangen zu stellen, daß die

Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst

Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird, und daß die Gesamstärke der Beamten und Angestellten der verschiedenen Arten von Polizei auf das Maß zurückgeführt wird, das sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt. Ich bitte außerdem im Anschluß an mein Schreiben vom 17. Oktober Nr. 1170, daß sobald als möglich der Kommission mitgeteilt werde der Bestand aller Polizeibeamten und Angestellten in Zivil und Uniform nach Klassen geordnet, der in den verschiedenen Staaten des Reiches einerseits im Budget von 1913 und andererseits im Budget von 1920 vorgezeichnet ist.

Auf die Note ist vom Auswärtigen Amt folgende Antwort am 24. Dezember gegeben worden:

Ich beehre mich, den Empfang der Note vom 23. Dezember — Nr. 1268 — betreffend die Auflösung der Sicherheitspolizei, zu bestätigen.

Im Namen der deutschen Regierung protestiere ich gegen die Feststellung, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Boulogne über die Polizei verletzt habe. Die deutsche Regierung erhebt Anspruch auf eine gerechtere Beurteilung.

Eine eingehende Beantwortung der Note behalte ich mir vor. Ich bemerke heute nur folgendes:

Die deutsche Regierung hat erst Anfang Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit den Ihnen beauftragten Offizieren Klarheit darüber erhalten, was nach Ansicht der Kontrollkommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne zu genügen. Erst dann konnten die grundlegenden Verfügungen erlassen und die Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet werden. Die getroffenen Anordnungen

entsprechen in jeder Hinsicht dem Friedensvertrag

und der Note von Boulogne. Selbstverständlich erfordert die Ausbildung eines so großen Beamtenkörpers, wie es die deutsche Polizei ist, eine gewisse Zeit, so daß es nur natürlich ist, wenn das Ergebnis noch nicht überall für die Kontrolle erkennbar wurde. Wie wenig die Behauptung, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes als eine nach verstärkter Sicherheitspolizei sei, den Tatsachen gerecht wird, ergibt sich aus der Beunruhigung, die in der öffentlichen Meinung durch die tief eingreifenden Reorganisationsmaßnahmen herbeigeführt worden ist. In weiten Kreisen ist die Befürchtung entstanden, daß die Polizei in der neuen veränderten Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würde.

Der Vorkontrollkontrollierung ist eine deutsche Note übermittelt worden, in der gegen die Unterstellung protestiert wird, daß Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt habe. Die deutschen Vorkontrollkontrollierung sind angewiesen worden, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Ententeländer zu besprechen.

Das Auswärtige Amt hat sich also noch Ablauf von sechs langen Tagen endlich dazu bereit gefunden, die von uns zuerst signalisierte Ententernote über die Sicherheitspolizei der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Man wird sich im Ausland hoffentlich an keiner Stelle einem Zweifel darüber hingeben, daß das Interesse, welches der Ententemilitarismus für unsere Polizeireorganisation an den Tag legt, für das ganze deutsche Volk etwas überaus Beiläufiges hat. Einem Ausland, das sich selber entwaffnet und von Deutschland das gleiche verlangt, würde ein großer Teil des deutschen Volkes

mit den stärksten Sympathien begegnen, aber eine Mächtigkeitskonstellation, die selber bis an die Zähne gerüstet bleibt und uns jeden Polizisten nachhakt, der an den Strafentenden Kosten steht, muß die entgegengesetzten Gefühle hervorrufen. Die Angelegenheit der Sicherheitspolizei kompliziert sich nun in höchst unangenehmer Weise mit jener der Einwohnerwehre. Die neue Ententernote ist in äußerst barschem Ton gehalten, und niemand hierzulande — das sei in aller Anerkennung seiner guten Absichten dem „Temps“ gesagt — wird in ihrem militärischen Befehlshaberton einen Ausfluß demokratischer Gesinnung erblicken, aber immerhin enthält sie wenigstens noch kein Ultimatum.

Anzweifelnd fahren ausländische Zeitungen fort, uns zu versichern, daß ein solches Ultimatum bevorstehe, und daß uns, wenn die Forderungen der Entente nicht in kürzester Frist erfüllt würden, die Besetzung des Ruhrreviers oder eines anderen deutschen Gebiets nicht erparat bleiben würde. Zur Besetzung des Ruhrreviers oder eines anderen bisher unbesetzten Gebiets ist die Entente jedoch aus dem Friedensvertrag nicht berechtigt. Das Dokument von Versailles umschreibt mit topographischer Genauigkeit alle Gebiete, die von der Entente als Bürgschaft für die Vertragserfüllung zu besetzen sind, daraus ergibt sich ohne weiteres, daß andere Gebiete laut Vertrag nicht besetzt werden dürfen. Jede andere Auslegung ist ebenso absurd. Wenn das Ententemilitär deutschen Boden außerhalb des vertraglichen Besetzungsgebietes in seine Gewalt bringt, so handelt es sich nicht um Ausführung des Friedensvertrages, sondern es begeht gegen Deutschland eine neue Kriegshandlung.

Käme es so weit, so trügen der Ententemilitarismus daran nicht weniger Schuld als unsere Regierung, die sich von ihren reaktionären Hintermännern in einen neuen Konflikt hineintreiben läßt, sowie sich der arme Pöbelmann, der auch ein Skizker war, in den Weltkrieg irren ließ. Das mögen sich auch die Sozialisten der Ententeländer gesagt sein lassen, daß kein Mensch in Deutschland das Aufräumen des Ententemilitarismus mit Sympathie betrachtet, daß jedermann jede „Unterstützung“ von dieser Seite ablehnt, daß jeder Schritt französischer Bataillone über die Besetzungsgebiete hinaus vom ganzen deutschen Volk als ein brutaler Gewaltstreich empfunden werden würde.

Wir sind aber nicht geneigt, deswegen irgend jemandem auf deutscher Seite seinen Teil an der Verantwortung für den drohenden neuen Konflikt zu schenken. Wenn heute die Forderungen der Entente hinsichtlich der Sicherheitspolizei hart an die Grenze des Unerträglichen heranreichen, so ist das eine Folge des falschen Vorgehens in Spa, wo man die „Sipo“ offerierte, um von der Reichswehr soviel wie möglich zu retten. Und wenn jetzt die deutsche Regierung in der Frage der „Sipo“ in einer klärenden Note ist, so kommt das daher, weil sie schon zuvor in der Frage der Einwohnerwehren so schwach wie möglich lag.

Wie stehen die Dinge jetzt? Daß die Entente das vertragliche Recht hat, die Auflösung der Einwohnerwehren zu verlangen, wird von allen Seiten zugegeben. Ob sie in der Frage des Selbstschutzes und der Sicherheitspolizei mit ihren Forderungen im Rahmen von Vertrag und Abkommen bleibt, darüber wird noch diplomatisch debattiert. Aber daß sie die Macht hat, ihre Forderungen durchzusetzen, ist wiederum ganz unbestritten.

Dem vertraglichen Recht der Entente wird, wo es unbestreitbar feststeht, ohne weiteres Genüge getan werden müssen. Die zwecklosen und entwürdigenden Gettelereien, man möge uns doch etwas lassen, womit wir gegebenenfalls auf unsere eigenen Konditionen kliefen können, müssen endlich einmal aufhören. Sind die Einwohnerwehren aufgelöst, dann werden sich die Verhandlungen über die Sicherheitspolizei einfacher und leichter gestalten.

Kurz hier ist ein Verhalten der deutschen Regierung geboten, das dem französischen Militär keine neue Nahrung gibt. Die ganze Situation ist ja verzweifelt einfach. Entweder wir können und wollen dem kriegerischen Vormarsch der Entente Widerstand entgegensetzen — vielleicht verwendet Herr Fischer seine Einwohnerwehren dazu — und dann brauchen wir uns weder auf Bitte noch Abschlüsse verlassen, sondern können eine offene Sprache führen. Oder aber, wir sehen ein, daß ein solcher Gedanke heulender Wahnsinn ist — und das sieht schließlich jedermann in Deutschland ein — und dann darf eine Politik nicht weiter getrieben werden, die nicht anders enden kann, als mit neuen Niederlagen, neuen Demütigungen, neuen Schwädigungen des deutschen Volkes.

Eine Wendung muß eintreten und sie muß damit beginnen, daß die Auflösung der Einwohnerwehren verfügt und durchgeführt wird. Dann wird sich auch eine Mög-

lichkeit finden, die Frage der Sicherheitspolizei so zu regeln, daß eine genügend starke staatliche Polizeigewalt bleibt — die als Gegengewicht gegen wilde „Selbstschutz“-Organisationen doppelt notwendig ist — und daß die Beunruhigung unter den Beamten, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen, verschwindet.

Schließlich sei für heute nur noch daran erinnert, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstags auf den 17. Januar einberufen ist. Er wird dann gerade noch rechtzeitig kommen, um einen Scherbenhaufen beklagen zu dürfen.

M.B. veröffentlicht folgende Verteidigung:

Der „Temps“ bezieht in einem Leitartikel die Schritte, die die deutsche Regierung während der Weihnachtstage in der Frage der neuen Polizeinote des Generals Nollet unternommen hat. Er will den Anschein erwecken, als ob das Auswärtige Amt bei dieser Gelegenheit versucht hätte, die Wiedergutmachung von einem Verzicht Frankreichs auf die Durchführung der Abrüstung abhängig zu machen. Diese Darstellung ist falsch. Die deutsche Regierung denkt nicht daran, sich der ihr im Vertrage von Versailles und den anschließenden Abmachungen auferlegten Abrüstung zu entziehen. Etwas ganz anderes ist es, wenn sie auf dem ihr in Versailles, Boulogne und Spa zugesicherten Rechte besteht, Deutschland eine zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung geeignete Polizei zu sichern, und wenn sie dieses Recht gegenüber unberechtigten Forderungen der Kontrollkommission mit dem Hinweis darauf verteidigt, daß die Politik einer Verständigung über die Wiedergutmachungsfrage nicht im Einklang stehe mit einer Politik, die das deutsche Volk neuer schwerer Beunruhigung aussetzen müsse.

Die Spaltung in Tours vollzogen!

Paris, 30. Dezember. (M.B.) Die gestrige Nachsituation der sozialistischen Partei hat zur endgültigen Spaltung der Partei geführt. Die von den Anhängern Longueux verlangte Desavouierung der Depeche Sinajew wurde von der neuen Mehrheit abgelehnt. Daraufhin verließen die Mitglieder der Partei nach einer Erklärung des alten Parteimitglieds Pressmann, die starken Eindruck machte, den Saal. Heute vormittag hielten die drei neuen Parteien in verschiedenen Sälen der Stadt ihre Sitzungen ab. Man prüfte die neue Lage. Am Nachmittag hat sich der Kongress mit internen Fragen zu befassen, insbesondere mit dem Bericht des Sekretariats, des Kassierers und der parlamentarischen Fraktion.

Paris, 30. Dezember. (M.B.) Die Bekanntgabe des Abstimmungsresultates wurde von den Kongressteilnehmern mit lauten Ausrufen: Es lebe Zaurès! Es lebe Lenin! begrüßt. Viel bemerkt wurde auch auf dem Kongress das Auftreten eines Vertreters des Oberelsaß, der im Gegensatz zu Stambach in deutscher Sprache das Mehrheitsvotum der Elsaß-Rothsinger für den Anschluß an die Dritte Internationale in Moskau verteidigte.

Der Kampf um Moskau.

Tours, 27. Dezember. (M.B. Bericht des „Vorwärts“.) Als erster Redner heute vormittag nahm das Wort

Cadju:

Proffard und ich sind aus Rußland zurückgekommen, überzeugt, begeistert, mit dem Willen, den Anschluß an die Dritte Internationale zu verlangen. Man hat behauptet, wir seien inhaftiert worden. Man kann ein ganzes Land nicht maskieren. Rußland lebt, ein schmerzliches Leben, aber es lebt, ohne Bourgeoisie, allein von der Arbeiterklasse geleitet. In Rußland hat der Kapitalismus zuerst weichen müssen, weil er dort am schwächsten war. Kann uns diese ungeheure Tatsache, daß zum erstenmal in einem Lande der Sozialismus zur Herrschaft kommt, gleichgültig sein? Die ganze kapitalistische Welt ist gegen Rußland verschworen. Vor kurzem noch hat der General Staff von den Briten erklärt, daß er bereit ist, an der Spitze einer deutschen Armee den Bolschewismus zu perschnitten. Churchill hat sich ähnlich geäußert. Überall zählt und hofft man auf den deutschen Militarismus, um den Bolschewismus zu erschlagen. Aber der Bolschewismus ist aufrecht geblieben und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen.

Was wirkt man den Bolschewisten vor? Daß sie die Gewalt anwenden! Haben unsere sozialistischen Meister nicht auch die Gewalt als revolutionäres Mittel angenommen? Cadju zitiert Marx, Engels, Guesde, wobei vornehmlich die Rechte und das Zentrum applaudiert. Man werfe andererseits den Bolschewisten ihren

Opportunismus

vor, daß sie das Land an die Bauern verteilt hätten. Der Opportunismus nach der Revolution ist etwas anderes als vorher. Die Russen wollen Zeit haben, um die Mittel der Realisierung zu prüfen. Die Russen haben die Unabhängigkeit der fremden Völler

verwirklicht (!) und die allgemeine Volksbewaffnung durchgeführt. Sie haben Siege errungen. Sie verlangen von uns eine sozialistische Partei. Das ist nicht zu viel. Die internationale Situation ist höchst gefährlich. Kein einziger der fünf Friedensverträge, die Kriegsverträge sind, wird bestehen bleiben. Sollen wir da der Bourgeoisie sagen: Nur zu, wir werden euch nicht fördern! (Weisfall und stürmischer Widerspruch.) Die Landesverteidigung ist nicht mit der Verteidigung einer Oligarchie zu verwechseln. Indem wir der Dritten Internationale beitreten, erklären wir der Bourgeoisie: Rühmt euch! Ihr seid nicht mehr auf uns zu zählen.

Auf einen Antrag der Linken beschließt die Kongressmehrheit, die sehr schwache Rede als Broschüre drucken zu lassen.

Paul Faure

als nächster Redner, geht näher auf die Bedingungen ein, die un- erfüllbar seien, wenn die Partei ihren Charakter behalten will. Er wirft der neuen Mehrheit vor, für sich die proportionale Vertretung in allen Parteistrukturen in Anspruch genommen zu haben, so lange die Arbeiterheit war, sie aber jetzt der Arbeiterheit zu verweigern. Genau so ist es mit der Disziplin. Und wo will man denn die „erprobten Kommunisten“ hernehmen, die an Stelle der „Zentrissen“ gesetzt werden sollen? Konnte man sie nicht schon vorher in Moskau abfragen. Das schlimmste ist die Forderung, auch in die gewerkschaftliche Internationale die Spaltung zu tragen. Als man an das internationale Proletariat appellierte, die russische Revolution zu retten, hat man sich doch nicht an die „erprobten Kommunisten“ gewandt? Die Politik der Bolschewisten ist

eine Politik der Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse.

Diese sieht sie aber als ein Versprechen sofortiger Aktion auf. Die Möglichkeit einer sofortigen Revolution ist in unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen Frankreichs nicht gegeben. Wie ihr im vergangenen Mai die Gefangenen Kurier revolutionären Botschaften wart, werdet ihr es morgen, nach dem Anschlag an Moskau sein. Wohin aber führen solche unvorhergesehenen Aktionen? Ende 1919 hatten die französischen Gewerkschaften 1.350.000 Mitglieder. Heute haben sie nur mehr 600.000. Noch ein solches Unternehmen und die Gewerkschaften werden der Nähe entzogen sein, die Gewerkschaften aufzulösen. Angesichts dieser Desorganisation organisiert sich die Bourgeoisie. Polizei und Feuerwehr werden mit schwereren Waffen ausgerüstet, Streikbrecherkolonnen organisiert. Compère Morel weist in einem Aufruf auf das Anwachsen des Bundes der Landwirte hin, der von 35.000 Mitgliedern vor dem Krieg auf 670.000 gestiegen ist und eine antiproletarische Kampforganisation ist. Faure schließt, indem er erklärt, eine solche Abenteuerpolitik nicht mitzumachen.

Das Ereignis des Tages war die Rede von

Leon Blum,

der am Nachmittag, nach einer belanglosen Rede eines Vertreters der Heimfront, zu Worte kam.

Angesichts des Kongresses, der entschlossen ist, uns auszusprechen, wenn wir uns nicht unter die Bedingungen von Moskau beugen, führte Blum aus, will ich nachweisen, daß wir die Annahme dieser Bedingungen unbedingt verweigern müssen. Eine genaue Prüfung der Moskauer Thesen und der 21 Bedingungen führt zu dem Schluß, daß sie auf Ideen beruhen, die sie faktisch verleugnen, und auf einer falschen Voraussetzung. Schließlich sind sie unvereinbar mit unserer Tradition, unserer Praxis und unserer Theorie.

Wir sind eine demokratische Partei, die von unten aufgebaut ist, wo alle Mitglieder die Freiheit ihrer Meinung und die persönliche Verantwortung haben. Wir sind eine Partei der Massenorganisation, und deshalb sagen wir, wir sind die Partei der Arbeiterklasse. Die Kommunisten, die nur eine Partei sein wollen, stehen damit im Widerspruch mit der ganzen Tradition der Internationalen. Sie können und wollen nicht mehr alle Proletarier aller Länder zum Zusammenschluß auffordern. Die Diskussionsfreiheit ist die Bedingung dafür, daß wir die ganze Arbeiterklasse vereinigen. Die proportionale Vertretung in den Parteistrukturen ist die Garantie der Meinungsfreiheit.

Die Aktion der Partei ist eine öffentliche, populäre: Aufklärung der Massen, öffentliche Versammlungen, Organisation, denen alle beitreten können. Diese Grundgedanken der Partei, die noch für einige Stunden bestehen, werden

durch die Bedingungen von Moskau umgestürzt.

Die kommunistischen Organisationen sind von oben nach unten gebaut, die unteren sind den oberen unterstellt. Man fordert nicht

allein eine illegale Aktion — niemand von uns hat sich je verdammt, nur legale Mittel anzuwenden — (lebhafter Beifall), sondern eine geheime Aktion und Organisation, die der Kontrolle der Mitglieder entgeht, die ihre Direktiven von Moskau erhält und sie an die legalen Organisationen weitergibt. Was Moskau schließlich fordert, ist nicht die Einheit der Aktion allein, sondern die Einformigkeit des Denkens.

Und diese Bedingungen und Thesen sind durchaus logisch. Weil man die von oben diktierte Einformigkeit verlangt, deshalb schreibt man die Überzeugungen vor, die Unterstellung der Zeitungen unter die Diktation der Zeitung der Partei, den Ausschluß derer, die am Kongress gegen den Beitritt zur 3. Internationale stimmen. Wir rufen alle Arbeiter auf. Ihr wollt nur eine kleine Kampftruppe, die stets zur Aktion bereit ist, die man in der Hand hat. Deshalb auch die Unterwerfung der Gewerkschaften unter Moskau. Das ist keine Internationale, sondern ein Geheimbund, der von Moskau geleitet wird. Diese Auffassung steht der unseren diametral gegenüber und hat ihre Quelle in der revolutionären Auffassung des Kommunismus.

Auch wir sind revolutionär.

Wie wollen die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische. Diese Umwandlung läßt sich nicht allein durch aufeinanderfolgende Reformen einführen. Sie wird erst möglich sein, wenn wir im Besitz der öffentlichen Gewalt sein werden — gleichgültig wie wir in den Besitz dieser öffentlichen Gewalt kommen. Diese Auffassung hielt sich immer zwischen zwei Abwegen, dem reformistischen und dem anarchistischen. Der Kommunismus von Moskau beruht auf dem anarchistischen Irrtum. Unser Ziel ist die Umwandlung der Gesellschaft, das kommunistische die gewalttätige Bestrafung des Staates, dessen Zerstörung, die nicht die Bestrafung der Sozialisierung, sondern die Vorbereitung der Bestrafung ist. Lenin hat es ausdrücklich gesagt, daß die geistige Verfassung des Proletariats eine so niedrige ist, daß es einer langen Vorbereitung bedarf, um reif für den Sozialismus zu sein. Das ist eine russische Einschätzung. Dort war bis zur Revolution eine Aufklärung und Schulung der Massen nicht möglich. Bei uns geschieht das seit mehr als 50 Jahren.

Wenn man der Auffassung ist, daß die Bestrafung der politischen Macht nichts weiter ist als ein Mittel zur Umwandlung der Gesellschaft, dann hat unsere tägliche Mitarbeit eine revolutionäre Bedeutung, weil sie die Arbeiterklasse vorbereitet, den Sozialismus zu verwirklichen, sobald sie sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt hat. Wenn aber die Bestrafung der öffentlichen Gewalt das Ziel ist, dann ist alle Aufklärungsarbeit überflüssig, dann bedarf es nur einer militärischen Vorbereitung, einer Vorhut, die die Massen, die unaufgeklärt und unorganisiert sind, mitreißt. Die unorganisierten, unaufgeklärten Massen werden sich heute der einen, morgen der anderen Partei zuwenden.

Und daher auch die Auffassung von Moskau von der Diktatur des Proletariats. Auch wir sind mit Marx der Auffassung, daß während der kurzen Übergangsperiode, bis die neue gesellschaftliche Konstitution in Wirksamkeit treten kann, die Partei, d. h. die gesamte Arbeiterklasse, eine Diktatur ausüben wird. Aber das ist nur ein kurzer Augenblick. Moskau verlangt aber eine zeitlich unbegrenzte Diktatur einiger unbekannter, unkontrollierbarer Personen, die den Terror als Regierungsmittel anwenden. Und weil wir in allen Punkten mit Moskau im Widerspruch sind, deshalb erklären wir: Wir können der 3. Internationale nicht beitreten.

Kodden sich der stürmische Beifall gelegt hatte, beschloß der Kongress, die Rede, die wir nur unvollkommen wiedergeben, in Broschürenform herauszugeben. Das führt zu einem stürmischen Protest der Moskauer, denen zum Teil ihre Truppen aus der Hand gegliedert war.

Gewerkschaftsgründer.

Der Chefredakteur des „Populaire“, Paul Faure, enthielt in seiner Rede, in der er den Anschlag an Moskau belämpfte, daß der ausgesprochene bolschewistische Generalstreikbesuch im letzten Mai dessen katastrophale Ausgang bekannt ist, eine unheilvolle Wirkung auf die französische Gewerkschaftsbewegung hatte. Die Gesamtzahl der der G. U. T. angehörenden Arbeiter sei von 1.350.000 auf 600.000 gesunken

und allein in Paris und Umgebung habe dieser Rückgang über 50 Prozent betragen:

früher 292.000, jetzt 140.000.

Wenn es noch eines weiteren Beweises dafür bedürfte, daß die Moskauer Lehre den Tod der Arbeiterbewegung bedeutet, so ist dieser Beweis damit endgültig erbracht.

Wegen die Kommunisten und Sozialdemokraten zum Vorrang weihen die Führer der deutschen und der internationalen Gewerkschaften beschimpfen und sogar den roten Kart Daxien mit Dreck bewerfen; diese Jähnen allein erheben gegen die Bolschewisten aller Länder die dreifache Anfrage:

Ihr seid die Totengräber der Arbeiterklasse!

Ihr seid die Helfershelfer der bürgerlichen Westreaktion!

Ihr seid die einzigen und wahren Agenten des Kapitals!

Kongress der Labour Party.

Forderungen an die Regierung.

London, 30. Dezember. (WZ.) Der gestern zusammengetretene Kongress der britischen Arbeiterpartei, der sich ursprünglich mit der irischen Frage befaßt hatte, hat eine Entschliessung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, so schnell als möglich einen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit anzustellen. In einer zweiten Entschliessung wird verlangt, daß die Regierung sofort eine Unterstützung von 40 Schilling wöchentlich für arbeitslose Männer und von 25 Schilling wöchentlich für arbeitslose Frauen bewilligen soll, wozu noch Kinderzulagen kommen sollen. Es wurden ferner Entschliessungen angenommen, in denen die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland und die Gewährung eines angemessenen Kredits für die mitteleuropäischen Staaten gefordert wird.

Herabsetzung der Löhne.

London, 30. Dezember. (WZ.) In Swansea ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Eisenblechbranche ein Abkommen getroffen worden, durch das die Löhne um 30 Prozent herabgesetzt werden. Von der Lohnherabsetzung werden 27.000 Arbeiter betroffen.

Amerikas große Wirtschaftskrise.

Paris, 30. Dezember. (WZ.) Wie „Chicago Tribune“ aus Detroit meldet, sind die Ford-Automobilwerke wegen Mangels an Bestellungen bis zum 1. Februar geschlossen worden. Die Edison-Phonographenwerke in East Orange haben ihren Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. In Fall River haben sechs verschiedene Arbeitervereinigungen der Textilindustrie mit 35.000 Mitgliedern einer Lohnherabsetzung um 2 1/2 Prozent zugestimmt, um die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Gemeinsame Aktion sämtlicher Gewerkschaften.

Wie wir aus Katowitz hören, hatten die Führer sämtlicher ober-schlesischen Arbeiterorganisationen aller Richtungen, einschließlich der polnischen, am 30. Dezember im Zentralhotel Katowitz eine Konferenz, in der die bestehenden unhaltbaren Sicherheitszustände in Oberschlesien zur eingehenden Besprechung gelangten. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

„Die Vertreter der großen ober-schlesischen Arbeiterorganisationen erklären, daß die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien derart schlecht und unhaltbar sind, daß unbedingt sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Die Versammlung beschloß eine Abordnung von fünf Arbeiterführern, mit dem Chef der Internationalen Kommission in Verbindung zu treten und ernste Vorstellungen bei ihm zu erheben. Es ist eine Abordnung aus Vertretern der freien Gewerkschaften, der polnischen Gewerkschaften, der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften, des polnischen Zentralverbandes und der christlichen Gewerkschaften damit beauftragt worden. Sie sollen über das Erreichte Bericht erstatten.“

Auf dem Lande der Weisterroristen. Die Polizeidirektion München hat ein Gelübde der U.S.P. um Genehmigung des vorübergehenden Aufenthaltes für den sozialdemokratischen österreichischen Führer Dr. Friedrich Adler, der in München über die Internationale sprechen sollte, abgelehnt!

Entgleiste Dichter.

Die Welt ist verrückt. Daran ist kein Zweifel. Alle Werte sind umgestürzt. Die Raslosigkeit ist allgemein. Die tollgewordene Dampfmaschine rasen die Menschen durcheinander, müssen etwas unternehmen, wissen nicht was. Die ziellos gewordene Energie raßt die Leute beim Schopf, zerrt sie im Kreis herum und schleudert sie zuletzt in irgendeinen dunklen, modrigen Winkel.

Selbst die Dichter, diese sanften Kämmer, die bisher friedlich auf den blumengeschmückten Weiden des Gemüts grasen, sind von der Epidemie erfaßt und müssen etwas unternehmen. Der eine, dessen Phantasie bisher in den blutbesten Juwelenstücken und sonstigen Märchenbesingen amerikanischer Milliardäre wühlte, wird vom Taumel der Zeit ergriffen und läßt seine räuberischen Einfälle am Nachbarn aus. Ein anderer verwirklicht die Seefahrerromane des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, macht sich zum Anführer einer Besatzung, raubt ein Schiff und feuert, ein neuer Sindbad, ins blaue Land der Träume. Wieder einer verteidigt eine Stadt gegen ein Reich, läßt heroische Proklamationen aus Flugzeugen herabstrahlen und schwärmt vom ruhmgelächelten Feldentod. Andere gehen mit eingeklemmtem Monokel einher, haben eine herausfordernde Pose und nennen sich Aktivisten. Sie sind aktiv, aber sie wissen nicht wozu. Wenn die Dichtung, wie man bisher glaubte, den Seelenzustand eines Zeitalters verrät, so kann nichts deutlicher unsere hilflose Gegenwart widerspiegeln, als das Leben dieser Aktivisten. Glaube, Handlung, ein Ziel, ja gewiß, das erkennen sie, aber in ihrer ausgepeitschten Seele wird es zum Trillern, zur Komödie, zum Verbrechen. Als der tätige Dichter galt früher, wer sich am tiefsten in seine und seiner Mitmenschen Seele begab. Dazu fehlt ihnen Zeit und Ruhe. Die handgreifliche Welt der Kanonen, der Maschinengewehre, der gefüllten Kofferkoffer ist ihr Revier. Hier raßt ihre unfruchtbare Phantasie sich zu Tode. Der Kriegstaumel, diese Vegetierung der kleinen Seelen, hat sie aus der Bahn gefunden Schaffens geschleudert. Sie verwechseln Gewalt mit Kraft, Aufregtheit mit Schönheit. Die Don Quixotes früherer Zeitalter kämpften gegen Windmühlen, die heutigen gegen Panzerautos.

Es ist freilich ein Jammer, wenn heutzutage die Dichter handeln. Aber nicht minder furchtbar wird das Verhängnis, wenn die Händler, die Schieber und Konsorten, dichten. Sie werden's tun; denn sie können's, sie haben's. Die Dichter aber gehen in die böhmischen Wälder oder begehren sonstige interessante Verbrechen. Denn die Kunst geht nicht nur nach Ruhm, sondern auch nach Brot. Und das fehlt ihnen.

Und Legions Kämpfern. In einem Gedicht zur Einsetzung der Generalkommission der Gewerkschaften, die sich am 17. November 1915 zum 25mal jährte, hat Theodor Leipart damals in den „Sozialistischen Monatsheften“ den mit dieser Schöpfung

der Arbeiterklasse unidlich verknüpften Mann gewürdigt, dem wir heute das feierliche letzte Geleit geben. Leipart erzählt von Legions erstem Auftreten in Hamburg:

„Im Spätsommer des Jahres 1886 sah ich Legien das erste Mal. Ich war als Vorstandsmittglied des Hochvereins der Drechsler beauftragt worden, einen Lehrer der Naturverbände für einen Vortrag in unserem Hochverein zu gewinnen. Das war uns denn auch gelungen. Der Vortrag über das Naturheilverfahren gefiel allen sehr. Wer sollte aber nach dem gelehrten Vortrag in der Diskussion sprechen? Wir wollten uns doch vor dem Referenten nicht allzu sehr blamieren. Da meldete sich zu unserer Ueberraschung aus der Versammlung jemand zum Vortritt, den wir noch an keinem früheren Vereinsabend gesehen hatten. „Kollege Legien hat das Wort“, machte der Vortretende bekannt. Und dann sprach Carl Legien zum ersten Mal in unserer Mitte. Es erregte kaum die Aufmerksamkeit, als er mit einer uns alle frapierenden Sicherheit und Obendrein auch mit einer in unserem Kreise bis dahin ganz ungewohnten Redegewandtheit nicht nur eine Reihe von Fragen an den Referenten stellte, sondern sich auch einige Zweifel darüber erlaubte, ob bei unseren Krankheiten des menschlichen Körpers das Wasserheilverfahren allein wirklich ausreichend sei. Er bewies uns durch seine Darlegungen, daß man auch einen wissenschaftlichen Vortrag mit eigenem kritischen Nachdenken anhören müsse. So ergielte er an diesem ersten Abend einen ganz bedeutenden Erfolg, um den wir anderen ihn recht beneideten. Aber alle freuten wir uns doch auch wieder über diesen Gewinn. Denn Legien, der vorher in Berlin und Frankfurt a. M. gearbeitet hatte, blieb jetzt bei uns in Hamburg und war fortan regelmäßiger Besucher unserer Versammlungen. Sein Einfluß auf die gesamte Kollegenchaft wurde durch den Einbruch seiner persönlichen Erleuchtung nur noch verstärkt. Er war erst 24 Jahre alt, und doch waren seine Haare bereits ergraut. Die schmerzhaften Jäge seines Geschicks zeigten in gleicher Weise wie sein Grunlopf von einer frühgereiften Lebenserfahrung. Die letzten Jahre seiner Kindheit hatte er im Waisenhaus verleben, er war somit schon in frühe Jugend auf eigene Füße gestellt gewesen. Daber wohl auch sein ausgeprägter starker Wille, der ihn in Verbindung mit einem klaren Verstand und seiner Rednergabe von vornherein zum Führer bestimmte. Aber er brachte daneben, auch alle die sonstigen Eigenschaften mit, die erforderlich sind, um dauernd das Vertrauen und die Achtung der Masse zu gewinnen. Mit köstlicher Unelgennützigkeit heilte er sein Wissen und sein Können in den Dienst der Allgemeinheit, an Eifer und Pflichttreue ging er uns allen selbst in den kleinste Dingen mit dem besten Beispiel voran, und seine Ausdauer und Zuhersucht spornen jeden Jaghaften immer aufs neue an.“

So waren schon in dem jungen Legien alle die Kräfte am Werk, die seine Bedeutung und seine Führerschaft bedingten.

Staatsbürgerkunde als Lehrfach. Ein bedeutungsvoller Versuch wurde in einer Elternversammlung der Seminar-Lehrerschule in Reichenhalden (Prov. Sachsen) gemacht. Nach einem einleitenden Vortrage des Seminarlehrers Pomburg nahm die Elternversammlung folgende Entschliessung an: „Die Elternversammlung nimmt Kenntnis von der Absicht, an der Seminar-Lehrerschule mehrere Jahre hindurch Unterricht in der Staatsbürgerkunde erteilen zu lassen. Sie würde es im Interesse einer

besseren Durchbildung unserer Jugend in staatsbürgerlichen Dingen mit Freuden begrüßen, wenn die vorgesetzten Behörden den ihr vorgelegten Plan genehmigen würden.“

Der hamburgische Plan, der dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingereicht ist, sieht vier Jahre für den sachlich gesonderten Unterricht in Staatsbürgerkunde für die Volksschule vor. Selbstverständlich würde ein solcher Unterricht allerlei Änderungen im inneren Schulbetriebe im Gefolge haben. Die verwandten Fächer, namentlich aber der Geschichtsunterricht, dieses Schmerzenskind der Volksschule, und der Unterricht in der Erdkunde müßten sich dem neuen Unterrichtsplane anpassen.

Neuerwerbungen der Berliner Museen. Die schönste neue Erwerbung des Berliner Museums ist ein großer Bildteppich der deutschen Renaissance, den der Kaiser-Friedrich-Museum-Verein im Kunsthandel erwarb, erworben von dem Straßburger Maler Hans Baldung Grien. Dargestellt ist die Bekehrung des Saulus, den vor Damaskus eine himmlische Vision vom Pferde schleudert. Neben der schonvollsten Formgebung der Renaissance und des reichverzierten Rahmens sieht ein von der Gemäldegalerie neu erworbenes Tafelbild Baldungs illustrativ und phlegmatisch aus. Es erzählt, wie Hildebrand zu Füßen eines Brunnens ihren Pyramos mit dem Tode in der Brust findet. Das Märchenhafte ist mit tiefer Hartigkeit und schneidenden Gegenätzen von Hell und Dunkel ausgedrückt.

Im Theater des Westens herrschte eitel Lust und Freude in der Kassenmittagsvorstellung, in der das Märchen „Gänsefüßchen“ von Pola Dobbert, Musik von Franz Kemmann und — anderen, aufgeführt wurde vor dem für solche Stücke sachverständigen Publikum, vor lauter Kindern, zu denen man auch die wenigen Erwachsenen rechnen konnte, die der unblutigen „Premiere“ beizuwohnten. Denn sie vergaßen bei der Freude über die ungemischte Freude der Kinder alle kritischen Gedanken und waren mit ganzer Seele dabei, wie die tapferen Kinder Klaus und Friedel die Prinzessin Liefse aus den Händen der bösen Waldfrau befreien — „O selig, o selig, ein Kind noch zu sein!“

Theater. Walter Bromme hat vom 15. Okt. bis zum 15. Aug. 1921 das Tbalin-Theater gepachtet und wird dort seine Operette „Kosaken“ mit einem neuen Ensemble zur Uraufführung bringen.

Eine Arbeiterfunk-Ausstellung, die die Volkshochschule Pilsenerg veranstaltet, ist bei Dierck, Postdammer Straße 18, zu sehen. Sie ist bis zum 10. Januar bei freiem Eintritt geöffnet.

Graf von Freytaga Radisch, das in Gefahr war, ins Ausland verkauft zu werden, wird nach dem „Auslandere“ der Dokumentensammlung Darmstädter der Preussischen Staatsbibliothek angekauft werden. Es handelt sich um 6000 Manuskripten.

Die Auslandspreise deutscher Bücher sind der gelungenen Kaufkraft des Publikums angepaßt. Die Uebersetzungspreise sind herabgesetzt und das Auslandsfortschritt wird häufig mit dem Inlandsfortschritt gleich gestellt.

Unser letzter Roman „Das Licht der Heimat“ von August Hinz, ist im Verlag von Diederichsen in Leipzig als Buch erschienen. — Gottfried Keller's illustrierte „Die drei erregten Kameraden“ ist in Buchform sowohl in seinen „Gesammelten Werken“ wie in den „Mittigen Einzelausgaben des Gottajchen Verlags“ zu finden.

Die Gemeindeeinkommensteuer beschlossen.

Zimmer wieder Lärmjahren im Rathaus.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern wieder das Bild, das man nun schon gewöhnt ist. Ueber die Gemeindeeinkommensteuer, deren Forderungen der Ausschuss in manchen Punkten geändert hat, wurde noch in leidlicher Ruhe verhandelt. Die langen Reden führten aber zu keinem anderen Ergebnis, als daß die Vorläge des Ausschusses zum Beschluß erhoben wurden. Dann entstand eine heftige Streiterei darüber, ob ein dringlicher Antrag der Kommunisten wegen Weiterführung der Rotlandarbeiten an der Reichsbahn Ungergrundbahn sofort oder erst nach Erledigung der Tagesordnung heranzunehmen sei. Dabei wurde geschimpft und gescholt, zunächst unten im Saal und dann oben auf der Tribüne, so daß die Sitzung auf einige Zeit vertagt werden mußte. Nach Wiedereröffnung behauptete ein Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei, von der Tribüne sei sogar eine Stinbombe in den Saal geworfen worden, aber den Beweis blieb er schuldig. Nachdem endlich eine löbliche Debatte zustandegekommen war, wurde der Antrag angenommen. In ähnlicher Weise wurde mehrfach in dieser Sitzung die Zeit mit Geschäftsordnungsanträgen vertrieben.

Sitzungsbericht.

Die heutige Sitzung findet wieder in dem alten Sitzungssaal statt, der inzwischen um die erforderlichen 51 neuen Plätze vergrößert worden ist. — Vor dem Rathaus sind abermals starke Ansammlungen im Gange, so daß die Portale geschlossen gehalten werden.

Vorsteher Dr. Behl eröffnet die Sitzung mit einem Hinweis auf das neue Domizil der Versammlung und dankt dem Stadtbaurat Hoffmann für den so rasch und mit so gutem Gelingen bewirkten Neubau. — Er gebietet sodann mit Worten höchster Anerkennung des verdienten Prof. Landau, Mitglied des früheren Berliner Stadtbürgermeisters, räumt dessen Verdienste um die öffentliche Gesundheitspflege Berlins und um die Schaffung des Postens eines besonderen Stadtmedizinalrats.

Es folgt zu der ungemein umfangreichen Tagesordnung wiederum eine Reihe von

Dringlichkeitsanträgen

vor. Die Deutsche Volkspartei verlangt die endliche Vorlegung des Kreisstatuts betr. die Besetzung der Bezirksämter. Stadtschulinspektor Lange teilt mit, daß die bezügliche Vorlage zur nächsten Sitzung vorzulegen wird. — Von den Kommunisten ist beantragt, den Magistrat zu beauftragen, die für den Bau der Nord-Südbahn in Neukölln angeordnete Arbeitszeitverlängerung und die gleichzeitig verfügte Entlassung einer Anzahl von Arbeitern sofort rückgängig zu machen und genügende Mittel für die Fortführung des Baues zur Verfügung zu stellen. Der Dringlichkeit wird zunächst von Dr. Heisinger (Dnat. Sp.) widersprochen; man einigt sich darauf, den Antrag nach Erledigung der heutigen Tagesordnung zu beraten. Das gleiche wird beschlossen hinsichtlich des Antrages Wehl (U. Soz.), Mittel zum Kleinwohnungsbau bereitzustellen, um so der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit zu steuern, und auch ein Antrag der Wirtsch. Soz., der eine bessere Belieferung der Kleinwänder mit Zucker und die Freiheit der Wahl des Großhändlers für den Kleinwändler verlangt, soll am Schluß der Tagesordnung zur Besprechung gelangen.

Die Versammlung nimmt zunächst den sehr eingehenden Bericht des Steuer- und Finanzreferenten Stadtsch. Paul Hirsch (Soz.) über

die neue Gemeinde-Einkommensteuer

einigen. Die Ausschüsse, die die Vorlage erheblich abgemildert und die rückwirkende Kraft beseitigt haben, sind bereits bekannt. Diese Anträge sind nach Ablehnung weitergehender Vor schläge vom Ausschusse mit allen gegen eine Stimme gefaßt worden.

Zur Plenarberatung sind die weitergehenden Anträge der Deutschen Volkspartei und der U. Soz. und Kommunisten wieder eingebracht.

Kämmerer Böhm: Die ursprüngliche Magistratsvorlage ist in

den Ausschlußbeschlüssen kann noch wiederzuerkennen. Gleichwohl wird sich der Magistrat ihnen anbequemen müssen, denn die Finanznot Groß-Berlins ist zu groß. Um so entschiedener muß den neuen Anträgen entgegengetreten werden, die in ihren Konsequenzen Vorläge zu Fall bringen müssen.

Dr. Neumann (D. Sp.): Es handelt sich hier um eine Besteuerung des Existenzminimums, aus der 100 Millionen herausgeholt werden sollen! Theoretisch müßte eine Steuer darauf überhaupt nicht gelegt werden (Schärfste Zustimmung links); die Einkommensteuer kann leider bei unserem Finanzstand nicht außer Betracht bleiben, aber sie darf nicht ungerecht, nicht unsozial ausgestaltet werden.

Dr. Herz (U. Soz.) tritt dem Vortredner, der für die Finanzmiserie Groß-Berlins die auf der Linken vertretenen Parteien verantwortlich gemacht hatte, mit Schärfe entgegen und weist u. a. auf Charlottenburg exemplifizierend, die Schuld den bürgerlichen Parteien an der Zerrüttung der kommunalen Finanzen nach. Die Steuer müsse so gestaltet sein, daß sie

eine gerechte Staffelung

nach dem Einkommen darstelle und die Freilassung des Existenzminimums gewährleisten. In diesem Zweck seien die unteren Einkommensgrenzen für die Befreiung von der Steuer um je 2000 M. heraufzusetzen.

Nachdem Radtke (U. Soz.) auch für Neukölln den Vorwurf Neumanns von der Wirtschaft der Gemeinden scharf zurückgewiesen hat, legt Dr. Meyer (Dem.) den Standpunkt seiner Fraktion dar, die sich für das Kompromiß des Ausschusses um so eher entschieden habe, als die Steuer nun nur noch für ein Vierteljahr gemacht werde.

Heilmann (Soz.) erwidert dem Dr. Neumann, daß die Leiter der Kommunalverwaltung Neuköllns sich die Förderung des Gemeinwohls bei allen ihren Maßnahmen zur Richtschnur genommen hätten und nach Kräften bemüht gewesen wären,

das Prinzip der Kommunalisierung

in die Tat umzusetzen.

Dörre (Rom.) erklärt sich für den Antrag der U. Soz. und tritt der Auffassung entgegen, als ob überhaupt von einer Gesundung der kapitalistischen Weltordnung noch die Rede sein könne. Nicht die Belastung der Besitzenden, sondern nur eine totale Verabschiebung der politischen Machtverhältnisse könne eine Umwälzung herbeiführen. (Rufe: Modus! Russisches Geiß! Geize! Narbe.) Der Redner fährt fort: Diese Bundesgenossen sind und lieber als Sie! Und haben Sie nicht schon selber erhalten von Juden und Judenmenschen? (Rufe: Hurra! und Narbe.)

Adler (Wirtsch. Soz.) erklärt sich für die Ausschlußfassung. In persönlicher Bemerkung befreit Dr. Neumann, von „Wirtschaft“ der Gemeinden gesprochen zu haben.

Ueber die beantragten Änderungen soll nach einem Antrag der Kommunisten namentliche Abstimmung erfolgen.

Die Herabsetzung der untersten steuerfreien Einkommensgrenze um 2000 M. von 10 000 M. auf 8 000 M. wird mit 107 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Die Ausschlußanträge gelangen zur Annahme. Dörre und Gabel legen gegen das Abstimmungsmandat Protest ein.

Auch im übrigen nimmt die Mehrheit die Einkommensteuervorlage nach der Ausschlußfassung an.

Die neuen Steuerentwürfe und der Entwurf betr. Einrichtung einer Stadtrechnungskammer gehen ohne Diskussion an einen Ausschuß.

Hiernach beantragt Dörre, in die Verhandlung des vorher an den Schluß der Tagesordnung verwiesenen Dringlichkeitsantrages der Kommunisten betr.

Arbeiten an der Nord-Südbahn in Neukölln

einzutreten. Der dagegen auf der Rechten wieder laut werdende Widerspruch ruft auf der dicht gefüllten Subtribüne einen tosenden Lärm hervor, aus dem die Rufe: Raus! Ihr Lump! Ihr Schieber! Gemeinheit! Unerbittlich! herausstöhnen. Der Vorkämpfer ermahnt vergeblich zur Ruhe. Dr. Steiniger hält seine Beanstandung der Dringlichkeit bis zur Erledigung der regulären Tagesordnung aufrecht. Darauf neuer Sturm auf der Tribüne. Der Vorkämpfer erklärt, ihm sei gemeldet worden, von der Tri-

büne habe man dem Redner „Strolch!“ und „Schieber!“ zugerufen. (Stimme von der Tribüne: Und Lump!) Diese Ausdrücke sind parlamentarisch unzulässig. — Der tosende Lärm auf der Tribüne und seine Reflexwirkung auf die Versammlung nehmen an Intensität bezarrt zu, daß die Fortsetzung der Verhandlung unmöglich wird. Die Sitzung wird gegen 18 Uhr

auf 5 Minuten vertagt.

Nach Wiedereröffnung erzieht der Vorkämpfer die Versammlung, allezeit musterhafte Ruhe zu bewahren, um auch dadurch die Tribüne zu veranlassen, Ruhe zu halten; dann appelliert er nochmals an die Tribüne, die ihren Zweck durch Sabotierung doch nicht erreichen könne, und droht für den Fall der Wiederholung die Räumung an. Es solle sogar eine Stinbombe in den Saal geworfen sein.

Stadtsch. Schellbach (D. Sp.), der nach der Behauptung von Hirschmann (U. Soz.) gerufen haben soll: „Halten Sie die Schnauze!“, stellt fest, daß er diesen Ruf an die Tribünenbesucher gerichtet hat, nachdem von daher die Worte „Strolch!“ und „Schieber!“ gefallen und die Stinbombe geworfen war.

Roth (Dnat. Sp.) teilt mit, daß Leupold (Rom.) der Tribüne zugeworfen hat: „Recht Euch den Pfaffen brauchen wir!“

Nachdem sich die Erregung etwas gelegt hat, wird über den Antrag Dörre abgestimmt und die Beratung gegen die bürgerlichen Parteien beschlossen. Diese verlassen mit Ausnahme der Demokraten den Saal.

Der kommunistische Antrag begründet darauf Rat vorzuzieh: Man habe am 20. Dezember 270 Mann entlassen und die Bauarbeiten auf 24 Stunden herabgesetzt. Den Arbeitslosen könne nur durch Arbeit, nicht durch Almosen geholfen werden.

Kämmerer Böhm führt in Vertretung des Bauwerks Adlers aus, daß die Frage der Weiterführung des Bahnbauwerks rein sachlich abgehandelt werden müsse; die Arbeiter, die an einer Stelle nicht mehr verwendet werden könnten, müßten, soweit irgend möglich, an anderen Stellen eingesetzt werden. Man solle den Antrag dem Magistrat als Material übermitteln.

Krause (U. Soz.): Uns scheint doch, daß man in Neukölln die Bauarbeiten sabotiert, weil dort die Kommunalisierung vorbeschrieben ist. Nur das Reich kann hier helfen, Berlin allein ist ohnmächtig.

Heilmann (Soz.) beantragt, daß sofort die Tiefbaudeputation

zur Beratung der Frage der Arbeitsbeschaffung zusammenberufen werden soll.

Dörre (Dem.) und der Kämmerer stimmen dem Antrag zu; der Kämmerer fügt hinzu, daß er bereits im Arbeitsministerium vorstellig geworden sei.

Im Verlauf der weiteren Erörterung, an der sich auch Mitglieder der Rechten beteiligen, stellt Schneider (U. Soz.) den Antrag: Die Verfügung ist zurückzunehmen, bis die Verhandlungen in der Tiefbaudeputation durchgeführt sind.

Für den Prinzipal-Antrag der Kommunisten stimmen 74, dagegen 73 Mitglieder. Der Antrag ist angenommen. Die Tribüne begrüßt das Ergebnis mit jubelndem Beifall und Gähnen.

Der Antrag der U. Soz., der den Magistrat auffordert, für den Kleinwohnungsbau Mittel bereitzustellen, um der ungeheuren Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu steuern, wird nach kurzer Erörterung angenommen.

Hierauf wird noch 9 Uhr noch mit 72 gegen 71 Stimmen die Beratung des Antrages der Kommunisten beschlossen, der die sofortige Niederlegung des gegen 22 Elektrifizierungsarbeiten von der städtischen Verwaltung anhängig gemachten Verfahrens verlangt.

In die Verhandlung des Antrages wird erst nach längerem Streit über Vertagung oder Beschlußunfähigkeit eingetreten. Die Sozialdemokraten erklärte Hirsch die Ablehnung des Antrages. Schließlich wurde auf Antrag Wehl die Abstimmung über den Antrag ausgesetzt, um Zeit für die Geheim-sitzung zu gewinnen.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 1/10 Uhr.

Wertzuwachssteuer für Berlin.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage — zur Beschlußfassung — betreffend Zustimmung zu einer Wertzuwachssteuerordnung der Stadtgemeinde Berlin zugehen lassen. Nachdem das Reichswertzuwachsgesetz vom 14. Februar 1911 infolgedessen aufgehoben ist, als es nur noch als Normatibbestimmung für die Besteuerung des Wertzuwachses anzusehen ist, ergab sich hieraus für die Stadtgemeinde die praktische Notwendigkeit, sich

Die offene Tür.

Eine farbige Erzählung von Grazia Deledda. (Schluß.)

Die Frau stand gerade vor dem erloschenen Herd und häutete sich; die reichen, langen, goldbraunen Haare umgaben ihr silberfarbentes Gesicht mit dem Heiligenchein einer Märtyrerin. Aber sobald sie Simon erblickte, zog sie sie über das Gesicht und die Brust gleich einem Schleier und erhob mit drohender Miene den Kopf, während ihre grünen Augen unter den gerunzelten Lidern schwarzen Frauen funkten: „Du kannst schon jemand finden, der dir dein Brot bäckt und dein Zeug wäscht. Geh!“

Er ging davon wie ein gepflügelter Hund und lehnte sich wieder an die Mauer: Sie weiß!

So verbrochte er die Tage, an der Mauer lehnd, mitunter mit einem Messerchen seinen Stoc aus Ruhbaumholz glättend, an einem Zapfen, einem Holzstückchen schnitzend, meist aber ohne irgend etwas zu tun. Nicht einmal in seiner traurigsten Zeit hatte er so öde dahingelebt. Immer sah er die drohenden Augen der Witwe vor sich und empfand fast ein kindliches Unbehagen bei dem Gedanken, daß Basila ins Elend und in üblen Ruf geraten sei durch seine Schuld. Manche Nacht hatte er ängstliche Träume und dann blickte er wieder lange auf die Türen, die er mit dem Gelde zurückgekauft.

Der Sommer berging, und im Herbst wechselte er seinen Platz an der Mauer; er suchte die Sonne; und von da aus konnte er auch Basila besser sehen, die sich ebenfalls in die Sonne setzte, um zu spinnen oder zu nähen, barfuß und traurig wie eine Sklavin.

Der Winter war lang und streng; die Armen litten Hunger, und Bricker Barca und eine in der Nachbarschaft wohnende Dame schickten Brot und Hülsenfrüchte an alle Armen, außer an die Witwe. In Weihnachten schickte eine Frau, bei der er mehr als einmal Herztrennung gestiftet, Simon einen Rufflonbraten zum Geschenk. Er hatte auch ein Ferkelchen und ein Hamm, und da er sich vorstellte, daß Basila nichts anderes hätte als Kartoffeln, unternahm er es, ihr den Rufflonbraten zu schicken, und sah mit Entsetzen, daß seine Gabe nicht zurückgewiesen wurde. Und von einem wahren Verlangen zu läßen erfaßt, schickte er ihr nun, so lange der

Winter andauerte, irgendwelche Gaben, manchmal sich einer Sache entäußernd, die ihm selbst notwendig gewesen wäre.

Und es ward wieder Frühling, und auf Telleren in ihren Schränken brachten die Frauen wieder Korn zum Keimen, um damit die Topfschür zu schmücken. Am Karfreitagabend ging Simon mit der Projektion und nachher stand er eine gute Weile auf seinem gewohnten Platz an der Mauer, in der weichen, von allerlei Stimmen erfüllten Luft. Durch die Spalte an Vasilas kleiner Tür sah er einen gelblichen Schein, den er mit so starrer, seltsamem Blick betrachtete, als wäre er irgendein geheimnisvolles Licht. Und mit einemmal ging er und pochte an jene Tür und fragte die Frau, ob sie ihn heiraten wolle.

Die Leute schwachten natürlich, und dann hörte das Schwagen wieder auf. Vasila zählte schließlich nur zehn Jahre mehr als Simon und war eine gute Hausfrau. Und wirklich erliefen das Haus des jungen Mannes in kurzer Zeit wie umgewandelt: es war sauber, häufig brannte ein Feuer auf dem Herd, und das Köchlein war von Gähnern besetzt. Simon sah man wieder zu Pferde wie zu Lebzeiten seiner Mutter, und alle sagten, er habe Basila geheiratet, um seinen Dru zu ärgern.

Er war nicht verliebt in seine Frau, aber er befolgte ihre Ratsschläge und war zufrieden, daß er sich eine Last vom Gewissen gewälzt und eine verständige Frau geheiratet hatte. Sie ging wieder zur Kirche und führte weise Reden; und ihm war es, als sei die glückliche Zeit wiedergekehrt, da seine Mutter noch lebte und er, noch unschuldig mit zwanzig Jahren, sich mit ihr zugleich niederlegte und die Gebete wiederholte, die sie ihm vortrug.

Eines Tages, mehrere Monate nach seiner Verheiratung, rief ihn die Frau an, die ihm zu Weihnachten den Rufflonbraten geschickt hatte, als er an ihrer Tür vorüberging, und bat ihn, ihr hundert Studi zu leihen.

Er lachte. „Hätte ich hundert Studi, so würde ich zu Schiff gehen und mir die Welt besehen.“

„Ich zahle dir die Zinsen, Simon Barca! Ich bin zahlungsfähig. Ich werde dir soviel zahlen wie die andern, zwanzig vom Hundert.“

„Du wirst wohl verrückt, Maddena Porcu!“

„Was, verrückt? Du magst sagen, daß du kein Vertrauen zu mir hast, Simon Barca, aber nicht mich beschimpfen.“

Du und deine Frau, ihr habt doch dem und dem Geld geliehen zu zwanzig vom Hundert. Warum solltet ihr das nicht auch mir? Oder ist es wahr, was dein Onkel Priester sagt, daß deine Frau das Geld hinter deinem Rücken gibt?“

Er erblickte, erwiderte jedoch: „Mein Onkel ist kindisch geworden, und du bist... was du bist!“

In den folgenden Tagen stand er wieder an der Mauer wie in seiner unglücklichen Zeit. Er fragte sich: Warum war die Tür offen? und seine Gedanken arbeiteten und arbeiteten, gruben immer tiefer, in eine dunkle Tiefe, nach der Wahrheit suchend wie der Bergmann in den dunkeln Tiefen der Erde nach Gold.

Sie muß einen guten Teil des Geldes genommen und dann die Tür offen gelassen haben, damit man glauben sollte, ein Dieb sei eingedrungen. O du alte Gaunerin!... doch er voller Zorn. Doch bevor er der eigenen Vermutung Glauben schenkte, wollte er sich durch den Augenschein überzeugen.

Am Abend vor Ostern ging Basila zur Kirche. Erregt hatte er jene Stunde abgewartet, um ungehindert das Haus durchsuchen zu können; doch wie er auch die Schublade, die Truhe, die Betten durchwühlte, — er fand nichts. Im Anblick fiel kein Blick auf den schweißbedeckten Koffer, der noch die Kleider seiner Mutter barg. Er versuchte ihn zu öffnen, aber es ging nicht, und er erinnerte sich, daß Basila die Schlüssel stets bei sich trug. Da eilte er in die Küche, kam mit einem Beil zurück und fing an auf den Koffer loszuschlagen, als sei er ein wirkliches böses Wildschwein. Der Dedel barst. Er kniete nieder, griff hinein und fand Basilas Witwenkleider; und gerade aus der schwarzen Kobuze, die er hervorzog, fielen und flatterten leise, leise eine, zwei, eine ganze Menge Banknoten heraus, rote, grüne, gelbe, wie weiße Blätter. Eine darunter von tausend Lire; er nahm sie, hielt sie vor die Fiamme seiner Kerze und las den mit einer Nadel sauber duragestochenen Namen: Priester Barca.

Da fing er an zu fluchen, schlug sich mit den Fäusten auf den Kopf und rief laut vor sich hin: „Wer warum mußte das gerade mir passieren? Warum gerade mir?“

Doch auf einmal kam eine Weise sanft und melancholisch wie Waldebrausen von der Straße her. Simon schwieg und lauschte, stand mit gesenktem Kopf und weitgeöffneten Augen; und wie die Projektion näher kam, erbeute er und war in Schweiß gebadet wie damals, als er sich auf das Bett des Onkels gestürzt hatte.

auch im Wortlaut eng an das Reichsgegesetz zu halten und insbesondere den Eintritt der Steuerpflicht an dasselbe Ereignis — Eigentumsübertragung — zu knüpfen und auch die sogenannten Umgehungsgebühren gleich dem Reichsgegesetz in den Kreis der steuerpflichtigen Rechtsgeschäfte zu ziehen. Der § 1 der neuen Steuerordnung knüpft die Steuerpflicht an den Übergang des Eigentums und sieht auch die Besteuerung der Umgehungsgebühren vor.

Eine Ermäßigung der Steuer soll eintreten, wenn es sich um den Verkauf eines Grundstückes an Kriegswidrigkeitskämpfer oder an Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern handelt, die auf Grund des Kapitalabfindungsgegesetzes Grundstücke erwerben. Die Steuer kann auf Antrag ermäßigt werden bei Personen, die über 80 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, sofern sie nur ein geringes Einkommen haben. Die Steuerordnung soll mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft treten.

Miswirtschaft in der Gemeinde.

Marmeladenerperimente im Ernährungsamt.

Die Miswirtschaft in der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst hieß das Thema einer öffentlichen Versammlung, die trotz des unglücklichen Wetters und Reittunstandes schon lange vor Beginn überfüllt war. Rein Wunder, denn in der Bevölkerung war monotoner Durcheinander: geführt durch eine reaktionäre Ostpreussische und deutschnationale Führer wurden einzelne sehr unliebsame Vorlesungen über Gebührengelddat. Die Gemeindevertreter einer sozialistischen Partei traten dabei in die Öffentlichkeit heraus, um darzutun, was Wahrheit und was Dichtung ist. Gen. Spiliedt wies in seinem Referat nach, daß vieles, was der jetzigen Gemeindevertretung, die stark mit Vertretern der sozialistischen Parteien durchsetzt ist, auf ihr Konto geschrieben wird, noch als alte Sündenlast der früheren Gemeindevertretung geduldet werden müsse. Die Dank des Dreiklassenwahlrechts nur einen sozialistischen Vertreter duldet.

Im Ernährungsamt liege dagegen manches im argen. Das sich um mindestens 4 Millionen Mark belaufende Defizit sei zwar auch zum Teil aus den widrigen Verhältnissen erklärlich, wurde aber auch vermindert durch seine unfähige Leitung. Ueber 8 Millionen des Defizits seien abwärts auf die Kriegszeit zu rechnen, in der die Gemeindevertretung fast sozialistisch war und wo der den deutschnationalen mindestens sehr nahestehende bäuerliche Vertreter Reinhardt wegen Untreue und Lebensmittelschiebungen von der Bildfläche verschwinden mußte. Dazu kommt, daß die Gemeindefinanzverwaltung, die Mischlieferung, die Herstellung der vielen Lebensmittelkarten usw. größere Ausgaben erforderten. Durch die Befolgung des Ernährungsamtes mit dem unabhängigen Vinseler sei allerdings ein Fehler gemacht worden. Gegen seine Wohl hatten unsere Genossen Bedenken erhoben, da ihm zum mindesten die kaufmännische Befähigung mangelte. Vinseler habe sich dann nach seinen Parteifreunden Adler, einen der Leiter der U.S.V. aus Friedrichsfelde, zur Seite gesetzt, gegen den jetzt ein Strafverfahren wegen Vergehen im Amt schwebt, bei dem er jedoch hofft auf Grund des § 81 des S.O.V. freizukommen. Von Vinseler kommt dann folgendes unglückliche Schilderergeschichten zum Vortritt, das leider nicht so harmlos ist, wie die seiner Vorklärung, sondern einen sehr bitteren Nachgeschmack für den Steuerzahler hat. Ihm sind von einer Marmeladenfabrik 200 Zentner Marmelade zu teurem Preise aufgeschwemmt worden. Da sie ungenießbar war, hat Vinseler noch Hunderte von Zentnern Backobst und Sirup hineingeklempert, so daß ihr Quantum auf 4000 Zentner stieg, ohne daß sie dadurch aber genüßbarer wurde: sie muß jetzt an eine chemische Fabrik verkauft werden, um eventuell andere Produkte aus ihr zu machen. Der Gemeinde ist dadurch ein Schaden von mindestens 1 1/2 Millionen Mark erwachsen. Andere Einkäufe waren nicht minder dumm. Mit Rindhälften, natürlich zu sehr teuren Preisen, ist die Gemeinde durch Bogangladungen auf lange Zeit bedeckt. — Der Referent wandte sich dagegen, daß diese Miswirtschaft gegen die Sozialdemokratie ausgeübt würde; die deutschnationalen wollten damit nur bei den bevorstehenden Landtagswahlen Geschäfte machen.

Die Diskussion wurde ausschließlich von einem deutschnationalen, einem bürgerlichen Vertreter und drei Kommunisten bestritten, sie bewies sich dank des streng sachlichen Referats und trotz der begeisterten explosiven Stimmung der Versammlung in durchaus ruhigen Bahnen. Die ehemalige sehr großmütigen U.S.V.-Wähler sind merklich kleinlaut geworden, nachdem sie mit ihrem Missethäter nicht so eifrig zuschanden werden wollten wie sie in der Versammlung zu sehen oder gar zu hören.

Einbrecherpassionen.

Geliebte, Rennpferd und Auto.

Einer sehr noblen, aus zwölf Köpfen bestehenden Einbrecher-gesellschaft wurde im Westen Berlins ein Ziel gesetzt. Tagsüber kundschaftete diese Gesellschaft im hohen Erdgeschoß belegene Wohnungen aus, deren Schlafzimmern nach hinten liegen. Nachts warfen sie dann mit einem Stein ein Fenster ein und warteten die Wirkung des Alarms der Wachen ab. Wenn das Geräusch nicht von den im Schlafe liegenden Wohnungsinhabern gehört worden war und alles ruhig blieb, so kletterten zwei der Einbrecher, der Berliner Friedrich Nieß aus der Invalidenstraße und der Stettiner Rudolf Hahnerberg aus Lindenwald, in die Wohnung ein, raubten dort an Teppichen, Tischdecken, Wandbesichtigungen, Silbergeschmiden usw. was sie schnell erlangten konnten zusammen und warfen es aus dem Fenster. Dort wurde die Partie von dem Kraftwagenführer Karl Joll aus der Wartenburgstraße, der mit einem Automobil in der Nähe wartete, aufgelesen, in den Wagen gepackt und fortgeschafft. Behilflich über ihnen dabei war auch ein gewisser Erich Kessel. Alle drei hatten „noble Passionen“. Rich und Joll waren „Sportleute“. Rich unterhielt ein Rennpferd, das er vorläufig in einem Katerstall untergestellt hatte. Joll hatte sich ein eigenes Automobil gekauft. Hahnerberg hatte mehr Vorliebe für das schöne Geschlecht und unterhielt eine Geliebte, der er mit geschloffenen Säcken eine Wohnung in der Gehlstraße auf das eleganteste eingerichtet hatte. Mit den Einbrechern verhaftet wurden bisher noch weitere acht Personen, Schieber und Diebe, die die reiche Beute zu Geld machten. Die Diebe brachten die wertvollen Sachen immer zunächst in die Wohnung der Geliebten Hahnerbergs in der Gehlstraße oder zu einem Fabrikanten Rodow. Dieser verkaufte sie an Privatleute weiter oder durch Vermittlung eines gewissen Bernstein an Teppichhändler. Diese waren gutgläubige Abnehmer und brachten sie wieder in den Verkehr.

Bei der Verhinderung der Diebesbeute waren außerdem auch noch ein Fabrikant Krögel und ein angeblicher Baron Winfried von Flug und Gessendorf beteiligt. Letzterer konnte bisher noch nicht ergriffen werden. Wie bisher festgesetzt werden konnte, hat Rich von ihm das Rennpferd gekauft und dieser dafür Teppiche und Schmuckstücke erhalten. Verhaftet sind bis jetzt bereits 18 Personen. Von der großen Diebesbeute konnte ein großer Teil wieder herbeigeschafft werden, darunter drei Teppiche, die allein einen Wert von je 300 000 M. haben. Sie befanden sich zum größten Teil schon in dritter und vierter Hand. Andere sind, wie die Feststellungen ergeben haben, nach dem Auslande verschoben worden.

Ein neuer Leichentestfund.

Die geheimnisvollen Leichentestfunde in der Umgebung Berlins, die eine Zeitlang aufgehört hatten, beginnen sich wieder spärlich anzukündigen. In einer Wäldchen in Giesfeld, zwischen der Automobilstraße Berlin-Potsdam und einem zu der Rinderkell-anstalt vom roten Kreuz gehörigen Weg wurde durch spielende

Kinder ein menschliches Bein aufgefunden. Es handelt sich um einen Unterkiefer, von dem der Fuß abgeklappt worden ist. Das Fleisch ist bereits stark in Verwesung übergegangen. Wie es scheint, war das Bein längere Zeit vergraben gewesen. Wahrscheinlich ist es von Reissuchern bloßgelegt worden. Als die Kinder es jetzt fanden und der Polizei davon Mitteilung machten, war es nicht mehr eingewickelt. In unmittelbarer Nähe des Unterkiefers lag jedoch crenarartiges Papier, wie solches zum Einschlagen der Leichenteile benutzt worden war, die, wie wir feinerzeit mitteilen, am 7. September d. J. bei Nikolasssee gefunden worden sind.

An der Leiche fehlten damals die Arme mit den Händen, die Unterkiefer mit Zähnen, der linke Lungenflügel und die übrigen inneren Organe und alle Fleischteile. Der neue Fund gehört zweifellos zu dieser Leiche. Alle Ermittlungen zur Feststellung der Persönlichkeit des oder der Toten waren bisher erfolglos. Der neue Leichentestfund wurde beschlagnahmt und nach dem Berliner Schauhaus gebracht.

Für zwei Millionen Gold beschlagnahmt.

Der Steglitzer Polizei ist gestern ein großer Fang geollt. Es gelang ihm, einen Währungs ungarischen Staatsangehörigen Siegmund Spielmann in seiner Wohnung in Steglitz, Alexandrinenstr. 40, zu verhaften, der im Begriff stand, mit einer großen Menge Goldbarken Deutschland zu verlassen. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung fand man für zwei Millionen Mark Futargold auf, das nach dem Auslande verschoben werden sollte. Spielmann versuchte glaubhaft zu machen, daß er den Koffer, der das Gold enthielt, von einem Unbekannten zur Beförderung nach Köln erhalten habe. — Ein anderer Schleißhändler, der Gold kaufte, um es nach dem Auslande zu verschicken, wurde ebenfalls gestern unglücklich gemacht. Es ist der 33jährige Kaufmann Richard Ludwig aus Lichtenberg.

Explosion von Feuerwerkskörpern.

In dem Papiergeschäft von Reichenbach, Müllerstr. 14, explodierte gestern infolge von Selbstentzündung ein Feuerwerkskörper, der auch die andern dort lagernden pyrotechnischen Erzeugnisse, wie Schwärmer, Frösche usw. zur Explosion brachte. Als zahlreiche Passanten, durch die Detonationen angezogen, in den Laden drangen, fanden sie die Inhaberin, Fräulein Reichenbach, schwer verletzt vor, während der 12jährige Schüler G. B., der einen Einkauf machen wollte, mit einigen Brandwunden davon gekommen war. Fräulein Reichenbach liegt im Virchow-Krankenhaus schwer darnieder. — Der entstandene Brand konnte auf den Laden beschränkt werden. Der Schaden soll trotzdem nicht unbedeutend sein.

Zunahme des Weihnachtsverkehrs.

Der erwartete Ansturm zu den Bäumen hat die Eisenbahnverwaltung geollt gefunden. Es hat durch Einlegen von Vor- und Nachzügen den großen Festverkehr bemüht. Daß diese Vorzüge nötig war, zeigt die Zunahme des Verkehrs gegenüber dem Vorjahre. Ueber 1000 Personen mehr haben Berlin verlassen, um das Fest bei Verwandten außerhalb zu erleben. Am Freitagabend wurden über 30000 Personen abgefertigt. Ingegessen führen von den Berliner Fernbahnhöfen vom 21. bis 24. Dezember 174278 Personen ab. Der Hauptverkehr spielte sich auf dem Siettern und dem S. B. Eisenbahn Bahnhöfen ab, wo 80 880 bzw. 28 787 Fahrkäste befördert wurden. Diese beiden Bahnhöfe sind ihrer großen Verkehrsauffassung wegen bekannt. Den drittgrößten Verkehr wies der Bahnhof Friedrichstraße auf, der 12 802 Personen beförderte, mithin eine Zunahme von 3782 Personen gegenüber dem Vorjahre aufwies. Obwohl Kopplationen von dem Publikum besonders bevorzugt werden, ist dennoch der Bahnhof Friedrichstraße von Jahr zu Jahr für den Fernverkehr mehr in den Vordergrund. — Auch die Benutzung der Reisebüros hat in diesem Jahre erheblich zugenommen; es wurden 18 871 Fahrkarten ausgegeben.

Um das Reichsbeleidigungsamt.

Die Angehörigen des Reichsbeleidigungsamtes in Berlin waren gestern außerordentlich zahlreich im „Odeon“ versammelt, um zu einer Verfügung des Reichsfinanzministers Stellung zu nehmen, nach der eine ganz erhebliche Einschränkung von hiesigen, vorwiegend Aufhebung der bestehenden Reichsbeleidigungsämter im nächsten Jahre erfolgen soll. Die vom 23. Dezember datierende Verfügung verlangt, daß von einigen Beamten sämtliche, von anderen zwei Drittel oder die Hälfte der Angestellten zur Entlassung kommen sollen.

Der Referent, Herr Hoog, wies darauf hin, daß hierin ein eigenartiges Weihnachtsfest für die Arbeiter und Angestellten vorliegt. Man soll sich zwar bewußt, daß von gewissen kapitalistischen Interessengruppen schon lange ein Kampf gegen diese Beamten geführt werde und daß in diesem Kampf auch die Sozialisteneinstellung eine Rolle spiele. Daß aber für die Reichsregierung ein Grund vorliege, im Sinne der Verfügung vorzugehen, müsse entschieden bestritten werden. Das kapitalistische Unternehmertum erblicke allerdings schon in den günstigeren Arbeitsbedingungen der Reichsbeleidigungsämter eine Schädigung des Profits, indem es befordert sei, auch bessere Bedingungen gewöhnen zu müssen. Nicht einmal der Zentralbetriebsrat ist vorher befragt, sondern durch die Verfügung gewissermaßen vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auch der Reichstag hat sich über diese doch bedeutsamen Angelegenheit nicht äußern können. Die Zentralleitung des Deutschen Beleidigungsarbeiterverbandes hat unverzüglich eine Eingabe an den Reichsfinanzminister gerichtet, in der hervorgehoben wird, daß die Reichsbeleidigungsämter rationell und rationell gearbeitet haben, bisher keine Staatszuschüsse erhalten und solcher jedenfalls auch zukünftig nicht bedürfen. Ferner wird geltend gemacht, daß die Reichsbeleidigungsämter in der herangezogenen Weise, in der die Verarmung sich auf den entscheidenden gegen die angeordneten, unangerechneten Rindungen erklären, die weder im volkswirtschaftlichen noch im Interesse der Arbeiterschaft liegend angesehen werden können. Ferner werden die Reichsbeleidigungsämter dringend ersucht, für die Erhaltung der Reichsbeleidigungsämter einzutreten.

Die juristische Sprechstunde fällt am Freitag, den 31. Dezember, aus.

Beschwerden über Wohnungs- und Mietzinsangelegenheiten. Der Berliner Magistrat teilt mit: Die steigende Zahl der Beschwerden über Wohnmieten und Beschlässe der Wohnungs- und Mietzinsangelegenheiten, die sowohl bei dem Minister für Volkswohlfahrt als auch beim Oberpräsidium unumgänglich eingebracht werden müssen, sind aus diesem Grunde, darauf hinzuwirken, daß solche Beschwerden möglichst bei dem im einseitigen Fall zuständigen Magistrat oder Gemeindevorstand anzufragen sind. Dieser ist in der Lage, die Berechtigung der Beschwerde nachzuweisen und alsbald entweder Abhilfe zu schaffen oder aber die für die Beurteilung notwendigen Feststellungen zu treffen und sie bei Weitergabe der Beschwerde an die Aufsichtsinstanz dieser gleichzeitig mitzuteilen. Für letztere Verfahren sind hierbei die sonst in jedem einzelnen Fall erforderlichen Verbände, die Entscheidung ganz weisentlich verändernden Nachfragen. Inwiefern ist es auch, ein und dieselbe Beschwerde gleichzeitig bei mehreren Instanzen anzufragen.

Der Mörder des Wilhelm Kistner wurde gestern abend unter hoher Bedeckung nach einmal nach dem Torte seines Verbrochens und seiner Umgebung Geneset. Dieser Lokaltermin, an dem auch der Staatsanwalt Gaeck teilnahm, besichtigte weiter

alle bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei. Das Publi- kum, das sich anammelte, war sehr erregt und drohte gegen den Mörder handgreiflich zu werden. Ulrich wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Weiteren Vergehen und Verbrechen an kleinen Mädchen, die ihm ebenfalls zur Last fallen könnten, geht die Kriminalpolizei jetzt noch näher nach.

Verhaftung nach einem Selbstmordversuch. Nach Unterbringung von 260 000 M. war der 30 Jahre alte Postsekretär Wilhelm Ludwig Hildebrandt vom Postamt Kastrup im Oberpostdirektionsbezirk Dortmund flüchtig geworden. Er wandte sich über verschiedene Städte nach Berlin und blieb hier in einem großen Hotel in der Nähe des Palmbois-Friedrichstraße ab. In das Fremdenbuch trug er sich unter falschem Namen als Kaufmann aus Düsseldorf ein. In der künftigen Nacht, festgenommen zu werden, schloß er sich eines Tages in seinem Hotelzimmer eine Kugel in den Kopf, wurde aber noch lebend aufgefunden und nach der Charité gebracht. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte sich jetzt mit dem Fremden und seinen Beweggründen zu dem Selbstmord und ermittelte so, daß sie es in dem Kranken in der Charité mit dem gestulpen Postsekretär Hildebrandt zu tun hatte. Sie belicht ihn zunächst als Polizeigefangener in dem Krankenhaus und führte ihn nach seiner Wiederherstellung gestern dem Untersuchungsrichter vor, nachdem seine Persönlichkeit einwandfrei festgestellt worden war. Bei dem Verhafteten fand man noch 135 000 M. in Gold und amerikanischen Noten.

Eingziehung der 50-Mark-Scheine vom 30. November 1918. Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50-Mark-Noten mit dem Datum vom 30. 11. 1918 ab. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgewiesene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Datum niemand mehr verpflichtet ist, die 50-Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Unberührt vom Aufkauf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten, Reichslandesscheine und Darlehenslandesscheine, also auch die anderen auf 50 Mark lautenden Darlehenslandesscheine und Reichsbanknoten.

Verloren hat ein armes Dienstmädchen ein Portemonnaie mit 213,50 M. Inhalt in der Hermannstraße zwischen Schierke- und Steintorstraße. Es war das Monatsgehalt und das Weihnachtsgeld des Dienstmädchens. Abzugeben bei Lajer, Reußlin, Schierkestr. 31.

In der Tribüne fand am zweiten Weihnachtsesterstag in Mades Auditorium eine Unterbrechung der Weihnachtsfeier statt, die von Karl Holzmann dargestellt wurde. Hier ist eine junge und reiche Begabung, die man „entdecken“ sollte, bevor sie sich miede gelümpft hat.

Filmschau.

„Der letzte Schuß“, ein Hochaltes-Sensationsdrama. Regie: Franz Seif, erlebte seine Probevorführung in der Schauburg. Da ist endlich das dramatische Bühnenstück, Schmutzler, Bauerische- und Herzlieb- lund von Anno dazumal aus dem berühmten Hochgebirge auch auf der Leinwand! Schier Unglaubliches an Schürerei und Edelmut, ein Riecher- und Seelengröße wird da geteilt, und es geht nicht, sogar das Abenteuerliche spielt eine Hauptrolle. Der Film ist ein wahres Ereignis und die Darsteller sind bisher kaum auf den Berliner Kinoplätzen zu sehen gewesen. Sie machen es trotzdem großartig und die Wirkung wird nicht ausbleiben. Eine Unzahl von Segelstücken in gemildertem Dialekt wird das Verständnis für die Sprache der Kämpfer in der nordischen Ebene erhöhen. Herrliche Bilder aus den Bergen und waghafte Klettereien in totem Tempo gehören natürlich dazu. Undegressiv ist nur eins, wie nämlich der Hörer draußen im Gebirge ein Preisgeldchen drinnen in der Stadt veranlassen, wobei Hunderte und aber Hunderte von Landes- schätzen paradieschen; vielleicht hat dazu das Aufgebot der bayerischen Erzgebirge Robel gefunden!

Jugendveranstaltungen.

Reichsvereiniger Kor. Sonntag, den 2. Januar, 10 Uhr, 10.10.1918, Sonnen- burger Str. 30 (Kale), Lichtbildvortrag: „Reichsvereiniger mit Reaktionen.“ Schauspiel Hans Fuhrmann. Eintritt 75 Pf. Arbeitervertreter, bewacht die Veranstaltung.

Aus aller Welt.

Das argentinische Erdbeben.

Ueber die vom Erdbeben am 16. und 19. Dezember in der argentinischen Provinz Mendoza angerichteten Verwüstungen treffen schreckliche Einzelheiten ein. Die Zahl der Opfer beläuft sich in die Tausende. Die Zahl der Verwundeten kann noch nicht übersehen werden. Die Bevölkerung hat sich aus den Häusern geflüchtet und irrt auf den Feldern umher. Gewaltige Geländebilder sind von den Bergen herabgestürzt. Aus dem in der Erde entstandenen Spalten brodelte kochendes Wasser, und giftige Gase dringen daraus hervor. Zahlreiche Dörfer sind ganz dem Erdboden gleich gemacht.

Die große Provinz Tucuman in Chile ist ebenfalls in ihrer ganzen Ausdehnung vom Erdbeben betroffen worden. Ganze Dörfer sind zerstört. Sechs Vulkanen sind in voller Tätigkeit; die Flüsse haben ganze Länderstrichen überflutet und die Siedelungen zerstört.

Um das sächsische Porzellanerz, das vorwiegend kurz nach Neujahr zur Ausgabe gelangt, wird sich allem Anschein nach ein sehr heftiger Kampf entspannen, an dem sich nicht nur deutsche, sondern vor allem amerikanische Sammler mit großem Eifer beteiligen werden. Wie verlautet, sind sowohl beim sächsischen Finanzministerium als bei der Direktion der Reichner Porzellanmanufaktur ganze Stöße von Briefen und Telegrammen eingetroffen, in denen Bestellungen auf Porzellanerz gemacht werden. Einzelne Liebhaber haben gleich für 20 000 bis 30 000 M. Porzellanerz erbeutet und sofort Voreinsendung des Vertrags angeboten. Interessant ist die Tatsache, daß namentlich die Amerikaner nicht nur das entsprechende Bargeld, sondern nebenbei noch Weizenmehl und sonstige Lebensmittel, ferner Kleider, Schuhe und Kleiderstoffe als Begahlung anbieten. Leider vermag das sächsische Finanzministerium auf die so verlockenden Angebote nicht einzugehen. Da die Kosten der Herstellung der Münzen immerhin nicht unbedeutend sind, hat das sächsische Finanzministerium beschlossen, 25 Proz. der geprägten Münzen der Manufaktur zum Originalpreise zu überlassen, damit sie von dort aus zur Deckung der Aufkosten und mit geringem Aufschlag an Liebhaber verkauft werden können. In den nächsten Tagen wird sich das sächsische Finanzministerium nochmals mit der ganzen Angelegenheit befassen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Weinhans Rheingold wieder der große Silberverkauf hat, der im vergangenen Jahr allein in großen Beilagen gefunden hat. Julius Winkler, Viktor Polander, S. Transaktion, Hugo Helm, usw. werden ihre eigenen Lagen dirigieren. Hier Vollerheber spielen zum Teil auf.

Am Gold Markt, Chausseestr. 25, findet heute die große Gold- Silberfeier statt. Hier ist eine Unzahl guter Ankaufskäufer an- genommen worden. Die Direktion hat außerdem für verschiedene Süßwaren-Übertragungen gesorgt. Alles andere im Interesse.

Die Zigarettenschiff „Maffery“ macht heute im Ankerhafen durch ein altes Weizenfeld ihren unabhängigen Laufweg ein großes „Voll-Neujahr“. Auch im neuen Jahr werden die Anhaber der „Maffery“-Zigarettenfabrik alles daran setzen, nur gute Qualitätsware auf den Markt zu bringen.

Wasserauslassungen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Fortdauernd mit und meist demütigt mit wiederholten Regenschauern. Tagelanges gedruckte aufstrebend bei anfangs ziemlich kalten, später schneefreien, wenigstens weichen Wäldern.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Der Barbier v. Sevilla 6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Journalisten. 6 1/2 Uhr.

Deutsches Theater. 7 Uhr: César u. Kleopatra.

Kammerspiele. Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag.

Gr. Schauspielhaus. Gesellschaftsabend. Sonntag 7 1/2 Uhr: Danton (auß. Abn.)

Theater f. d. Königgrätzer Str. Salome. 8 Uhr: Salome.

Komödienhaus. Täglich 7 1/2 Uhr: Die Sache mit Lola.

Berliner Theater. 7 Uhr: Die spanische Nachtigall.

Fritzi Massary. Hans Wassmann, Ralph Arthur Roberts.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Frau Bäbel (Operette).

Deutsches Opernhaus. 7 1/2 Uhr: Dr. Phosphor i. d. Unterwelt.

Kleines Theater. 7 Uhr: Das Wunder. Der Seltsame.

Reigen. Komische Oper. Allabendlich 7 1/2 Uhr.

Baroneschen Sarah. Lustspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr.

Hollandweibchen. Neues Operettenhaus. Täglich 7 1/2 Uhr.

Yv-Shi tanzt. Neues Volkstheater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Ami Steinplatz 458. Schiller-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der ehemalige Leutnant. Thalia-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Wenn Liebe erwacht. Theater des Westens. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der erste Liebesgoldzeit. Th. Ld. Kommandantenstr. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der verjüngte Adolar. Wallner-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der Geiger von Lugano. Walhalla-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Rastelbinder. Residenz-Theater. Heute abend 7 Uhr.

Lady Windermeres Fächer. Heute abend 7 Uhr.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 Uhr: Kabaleu. Liebe.

Lessing-Theater. 7 Uhr: Flamme. (Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.)

Deutsches Künstler-Theater. 7 Uhr: Die Scheidungsreise.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Ein vorsichtiger Mann.

APOLLO. 7 1/2 U. Theater 7 1/2 U. Dir.: James Klain.

Nur noch bis 31. Dezember. Das sensationelle.

Weihnachts Varieté-Programm. Ab 1. Januar: Neueste Amerikan.

Publikum filmt allabendlich.

Kampf - Stiere u. weit. Sensationen.

Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.

Baroneschen Sarah. Lustspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr.

Hollandweibchen. Neues Operettenhaus. Täglich 7 1/2 Uhr.

Yv-Shi tanzt. Neues Volkstheater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Ami Steinplatz 458. Schiller-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der ehemalige Leutnant. Thalia-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Wenn Liebe erwacht. Theater des Westens. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der erste Liebesgoldzeit. Th. Ld. Kommandantenstr. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der verjüngte Adolar. Wallner-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Der Geiger von Lugano. Walhalla-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr.

Rastelbinder. Residenz-Theater. Heute abend 7 Uhr.

Lady Windermeres Fächer. Heute abend 7 Uhr.

Rheingold. Bellevuestr. 19-20. Kallernaal.

GROSSER SILVESTER-BALL. 4 Ball-Orchester.

Circus Busch. H. Stosch-Sarrasin. Tägl. 7 U. Sonnab. u. Sonntag.

Concordia-Palast-Theater. 61. Unter den Eichen 64. Lotte Neumann in 'MOJ'.

Germania-Pracht-Säle. Inhaber: Carl Richter. Berlin N. 4, Chausseest. 110.

Silvesterball. bei stark beleuchteter Orchester. Anfang 7 Uhr. Cabaret?

MARCELL SALZER. Karten (9-1 u. 3-6) im Bureau der Philharmonie.

Tivoli. 3000 Personen fesseln. 3000 Personen fesseln.

Gr. Carneval - Silvester - Feier. unter Mitwirkung sämtl. Künstler.

Gala-Première. Tivoli auf Stelzen m. Erich Carow.

Konditorei u. Konzert-Cafe Nitschke. Weinabteilung. Gute Musik.

Große Silvesterfeier! Tischbestellung rechtzeitig erbeten.

Reibens-Ball. Blumenstr. 18. Rönigk 2003. Freitag den 31. Dezember.

Bratfide Mit-Berlin. Blumenstr. 18. Rönigk 2003. Freitag den 31. Dezember.

Inventur-Ausverkauf. Herren-Schlaf-Klein-Möbel-Speise-Zimmer.

Kramer & Küster G.m.b.H. Möbelhaus ersten Ranges. BERLIN N. Gartenstraße 52.

Rheumacitin. Marie 'Gabe' ist nicht nur schmerzstillend.

Reichshall-Theater. Silvester-Elk-Vorst. Seifert-Sänger.

Admiralspalast. Silvesterball. Morg. 7 1/2 Uhr. Filmi in St. Moritz.

Potsdamer Str. 35. Johann - Baptiste Lingg. Turmstr. 12.

George Bully. Stuart-Webbs-Großfilm. außer am Die Berliner Range.

Beethovenaal. Sonnabend, den 1. und Sonntag, den 2. Jan. 7 1/2 Uhr.

Chaussee-Str. 25 am Stett. ner Bahnhof. Täglich: Großes Konzert.

Freitag, den 31. Dezember. Gr. Carneval - Silvester - Feier.

Große Silvesterfeier! Tischbestellung rechtzeitig erbeten.

Reibens-Ball. Blumenstr. 18. Rönigk 2003. Freitag den 31. Dezember.

Bratfide Mit-Berlin. Blumenstr. 18. Rönigk 2003. Freitag den 31. Dezember.

Inventur-Ausverkauf. Herren-Schlaf-Klein-Möbel-Speise-Zimmer.

Kramer & Küster G.m.b.H. Möbelhaus ersten Ranges. BERLIN N. Gartenstraße 52.

Rheumacitin. Marie 'Gabe' ist nicht nur schmerzstillend.

Kreuzfuchse 300 M. Alaska, Blau, Zobel, Silber u. Weißfuchs.

Möbellabrik Rob. Seelisch, Berlin O, Rigauer Str. 71-73a. 3-Zimmer-Einrichtung mit Küche.

Cosmum Life. auf wissenschaftlicher Grundlage hergestelltes Hautpflegemittel.

Ankauf Juwelen. Margraf & Co. Königl. Str. 9. Brillanten Juwelen kauft.

Franz. Kognak Verschn. Weinbrand Ver., Weinbrand u. Rum, Div. Liköre u. Weine.

Zum Jahreswechsel. Geschäftsbücher Tisch- und Wandkalender.

Edelmetall u. edelmetallhaltige Abfälle. Dr. med. Grütering. Stellenangebote.

Winter-Garten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varieté-Spielplan.

Rheumacitin. Marie 'Gabe' ist nicht nur schmerzstillend.

Inventur-Ausverkauf. Herren-Schlaf-Klein-Möbel-Speise-Zimmer.

Edelmetall u. edelmetallhaltige Abfälle. Dr. med. Grütering.

Am Sarge Legiens.

Das Gewerkschaftshaus ist für die Trauerfeier würdig und stimmungsvoll geschmückt. Hochgewachsene Eypressen ragen zu beiden Seiten des Haupteingangs empor. Durch die Einfahrt und über den Hof führt eine Allee von Lorbeer und Eypressen in das Treppenhause des Saalhauses, das mit reichem Pflanzenkranz bestückt ist. An der Schmalseite des großen Saales, wo sonst das Mednespodium seinen Platz hat, ist ein die ganze Wand bedeckendes Gebälk von Palmen und tiefgrünen Blattpflanzen hergerichtet. Von der Brüstung der Galerie wällt schwarzes Tuch in leichtem Altentwurf hernieder, überträgt von den Kronen einer Lorbeerbaumreihe.

Vor diesem stimmungsvollen Hintergrund wurde gestern abend der prunklose schwarze Sarg niedergelegt, der die sterbliche Hülle des Genossen Legien birgt. Ein kleiner Kreis von Freunden des Verstorbenen war anwesend. Einen letzten Blick warfen sie auf die ihnen allen vertrauten Züge des Freundes und Mitkämpfers. Dann wurde der Sarg geschlossen und mit Kränzen bedeckt. Heute wird der Entschlafene zur letzten Ruhestätte geleitet.

Von den zahlreichen Gedenkreden, die zum Tode des Genossen Legien eingelassen sind, verzeichnen wir nachstehend folgende:

Warme Gedenkworte werden dem toten Führer nochmals vom Vorstand der Aia, gezeichnete Aufsätze (vgl. Nr. 692 d. „Vorwärts“) nachgesandt. Von auswärtigen Gedenkreden erwähnen wir Telegramme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, des französischen Gewerkschaftsbundes und des Genossen Appleton, früheren Sekretärs des Gewerkschaftsbundes in Großbritannien. Weitere Teilnahmebezeugungen sandten Genosse Albert Thomas, Frankreich, Bruens, Vizevorsitzender des Niederländisch Verbond van Samenwerking, ferner die Genossen Troelstra, Dudgeest, Kleerefoer und Potkuis namens der „Kombinierten Arbeiterversammlung in Amsterdam von Sozialdemokratischer Arbeiterpartei und Gewerkschaftsarbeitern“. Der allgemeinen Teilnahme schlossen sich ferner Dänemark, Westfalen, die deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, die russischen Menschewiki sowie die Parteigenossen und Gewerkschaften Georgiens an.

Von deutschen Persönlichkeiten, die dem Gewerkschaftsbunde ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten, seien außer den schon früher erwähnten preussischen Ministern Braun und Lüdemann Genosse Jaedel vom Sächsischen Arbeitsministerium, die Reichsminister Koch und Groener und der Berliner Polizeipräsident Genosse Richter erwähnt. Auch die „Deutsche Liga für Völkerverständnis“, die „Gesellschaft für Soziale Reform“, der Vorsitzende des Zentralkomitees vom Roten Kreuz u. Winterfeldt, die Völkerverständnis-Liga sowie viele andere Organisationen und Einzelpersonen brachten ihre Teilnahme für den toten Führer zum Ausdruck.

„Ein Schreiben“ statt Sozialisierung.

Dem deutschen Volke wird eine Silbersterne zuteil: Die feierlich versprochene Kohlensozialisierung wird gefördert durch ein — Schreiben (1) des Herrn Scholz, der zurecht als Reichswirtschaftsminister firmiert. Ähnlich läßt er durch Wolffs Bureau der Weltkund und zu wissen tun:

In seiner Sitzung vom 11. d. M. hatte das Reichskabinett beschlossen, wenn möglich noch im Monat Januar dem Reichstag einen Entwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorzulegen. Der Reichswirtschaftsminister war beauftragt worden, den Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates um Beschleunigung seiner Arbeiten zu bitten, damit die Ergebnisse der Beratungen noch für die Aufstellung des Entwurfes benutzt werden könnten. In Ausführung dieses Auftrages hat der Reichswirtschaftsminister an den Vorsitzenden des Sozialisierungsausschusses ein Schreiben gerichtet, in dem er von der Absicht des Kabinetts Mitteilung macht und ihn ersucht, auf Beschleunigung der Arbeiten des Verständigungsausschusses zu wirken.

Dieses Schreiben des Herrn Scholz und seine Anfindung durch das offiziöse Bureau bedeutet natürlich nichts weiter als Sand in die Augen des Publikums. Augenscheinlich rechnet er damit, die Deffektivität hätte vergessen, daß der sogenannte Verständigungsausschuß tatsächlich in die Luft gesaugen ist, nachdem zunächst die Vertreter der Bergarbeiter und auch Genosse Werner ihren Austritt erklärt hatten. Was noch übrig blieb, sind lediglich die Vertreter der kapitalistischen Interessen, von denen eine ernste Sozialisierungsvorlage nicht zu erwarten ist, es sei denn, daß von ihnen der Stimmesplan der Kleinaktie gelehrgeserlich formuliert und Herrn Scholz als Sozialisierung präsentiert würde.

Wenn das Reichskabinett wirklich noch im Januar eine Sozialisierungsvorlage dem Reichstag unterbreiten will, so muß es schon den Reichswirtschaftsminister nötigen, Verschleppungsmanöver zu unterlassen, und es muß gleichzeitig Sinn und Richtung des zu erwartenden Entwurfes festlegen. Von dem Vertreter der sinnlosen Reiterprengerpartei kann die Arbeiterchaft einen wirklichen Sozialisierungsentwurf nicht erwarten.

Gegen den Streikerlaß!

Magdeburg, 20. Dezember. (T.N.) In einer Versammlung der Mitglieder der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Anwärter wurde Mittwoch abend scharfster Protest gegen den bekanntesten Streikerlaß des Reichsministers Groener erhoben. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.:

Wir erklären in diesem Entschluß einen Eingriff in das nach der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht. In der Nebenordnung „die Vorkommnisse beim Rapp-Busch haben der Beamtenchaft vollständig die Rippe verwirrt“, erklären wir eine schwer verlegende Verleumdung der gesamten Beamtenchaft. Von Streikagitation und Streikhege kann keine Rede sein. Die Regierung allein ist in der Lage, der aus der wirtschaftlichen Not geborenen Streikstimmung eine andere Wendung zugeben. Ein Minister, der die Verfassung nicht achtet, hat das Recht verwirrt, Mitglied der verfassungsmäßigen Regierung zu sein.

Neue Steuern in Sachsen.

In Sachsen soll die veraltete, auf dem Einkommen basierende Grundsteuer beseitigt und durch eine neue ersetzt werden, die den Teilwert der Grundstücke mit 1 Proz. besteuert und den Gemeinen das Recht auf Zuschläge bis zu 25 Proz. zugestehen will. — Gleichzeitig soll eine Gewerbesteuer eingeführt werden, die landwirtschaftliche und gewerbliche Anlagen nach Maßgabe des Anlagenwertes und der Ertragsfähigkeit zur Steuer heranziehen soll. Seither hat eine Gewerbesteuer in Sachsen noch nicht bestanden.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl fällt zusammen mit den preussischen Landtagswahlen und den Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein.

Aus Helfferichs Glanzzeit.

Riefenschwindel bei der Wumba.

In der holländischen Grenze ist es durch Zufall gelungen, einen Riefenschwindel aufzudecken, der aus der Glanzzeit der Hohenzollernmonarchie und ihres Trabanten, des Helfferich, stammt. In der Nähe von Emmerich, wo stets ein starker Schmuggelverkehr herrscht, wurde vor etwa sechs Wochen ein Mann angehalten, der größere Summen in Effekten bei sich führte, die er nach Holland schmuggeln wollte. Bei seiner Vernehmung gestand er, daß er im Auftrag eines Fabrikanten Heng in Essen handele, der eine ganze Anzahl Personen für den Kapitalismus in seinen Diensten habe.

Durch das Landesfinanzamt in Essen wurde der dortige Fabrikant Heng überführt und dabei ermittelt, daß dieser jetzt ein Vermögen von nahezu 45 Millionen Mark besitzt und mehrere Fabriken sein eigen nennt, während er vor dem Kriege in Berlin als Tischler eine kleine Werkstatt besaß, jedoch in äußerst schlechten Verhältnissen lebte und ohne Gehalten arbeitete. Nachforschungen ergaben, daß Heng während des Krieges von der „Wumba“, dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, Aufträge zur Lieferung von Munitionskisten in solchem Umfange erhielt, daß er sie selbst nicht ausführen konnte, sondern die Lieferungen weiter veräußerte und auf diesem Wege an der Spitze 6 bis 7 M. verdiente. Die Aufträge aus der Wumba nahmen einen immer größeren Umfang an, so daß der kleine Tischler schließlich eine Art Monopol für Munitionskisten und später für Gerätelegungen erhielt.

Es wird dem Heng zur Last gelegt, daß er die Lieferungen, die er der Wumba in Rechnung stellte, gar nicht in voller Höhe ausgeführt hat, und daß er gefälligen Beamten Provisionen für die Überweisung von Aufträgen gezahlt habe. Die bisherigen Feststellungen haben den Verdacht so weit verdichtet, daß über das Vermögen zweier Essener Fabrikanten und verschiedener ehemaliger Angestellten der Wumba Arrest verhängt worden ist. Außer dem Heng sind bisher in Haft genommen der Abteilungschef und Diplomingenieur Hering, ein Oberleutnant Paul, ein Hauptmann Perchold, ein Beamter der Wumba namens Solter und ein Kaufmann Weislich aus Essen. Die Summe, um die die Wumba betrogen sein soll, läßt sich noch nicht übersehen, man spricht von 40 Millionen Mark.

Es handelt sich bei diesen Vorkommnissen zweifellos nur um eine der üblichen Kriegsgeschäfte, die die „neuen Reichen“ zu Hunderten haben entstehen lassen. Daß sie sich abspielen in einer Zeit, da Herr Helfferich in der deutschen Regierung Wilhelms tonangebend war, ist deswegen wichtig, weil dieser neue deutsch-nationale Kampf gegen das — Schiebertum in der Republik sich einen besonderen Heiligenschein erwerben will. Die Wumba war eine Schöpfung des Krieges, um das bekannte Hindenburgprogramm der Rüstungsfabrikation von Kriegsgewehr um jeden Preis sicherzustellen. Helfferich als Reichsfinanzminister und späterer Vizekanzler war für ihre Geschäftsführung mitverantwortlich. Natürlich wird er heute davon nichts mehr wissen wollen. Er hat ja soviel damit zu tun, die demokratische Republik anzuschwätzen und „Erbsengereien“ nachzuschmeffeln. Wie sollte er da Gelegenheiten haben, sich um die Schiebtungen aus seiner Glanzzeit unter der Hohenzollernmonarchie sonderlich aufzuregen? Daimler und Gutehoffnungshütte sind ja auch noch unerledigt.

Demokraten und Demokraten.

Die reaktionäre Presse ist wieder einmal angefüllt mit fäuliger Entrüstung über einen Beschluß, der in der Finanzkommission der Stadt Hannover gefaßt worden ist. Als man dort nämlich die Gehälter der Bürgermeister und Senatoren festsetzte, wurde, wenn wir den Meldungen der reaktionären Presse glauben sollen, beschlossen, dem Oberbürgermeister Reinert 21 Dienstjahre und dem sozialdemokratischen Senator Schrader 18 Dienstjahre anzurechnen, die sie zwar nicht im kommunalen Dienst, aber im öffentlichen Dienst als Arbeitervertreter zugebracht haben. Die reaktionäre Presse macht daraus, daß man ihnen ihre Tätigkeit als „sozialdemokratische Parteiführer“ als Beamtenamt angerechnet hätte. Diese Behauptung ist so falsch, daß sie auch ein Blindes mit dem Krüdenstock fühlen muß. Denn der Genosse Reinert ist erst seit etwa 15 Jahren Parteiführer, während Schrader niemals Sekretär der Sozialdemokratischen Partei war!

Allerdings haben sie als Angestellte der Gewerkschaft oder der Partei seit Jahrzehnten ein viel größeres Maß an Arbeit für die öffentlichen Interessen aufgebracht und ein viel höheres Maß von Reinnüssen sich angeeignet, als sehr viele von denen, die in der üblichen Beamtenlaufbahn des Apparatus groß geworden sind. Daß sie nicht früher in den amtlichen Dienst traten konnten und ihre Kenntnisse für die städtische und staatliche Verwaltung nicht früher nutzbar machen durften, ist nicht ihre Schuld, so wenig wie die der Sozialdemokratischen Partei.

Wenn jetzt die reaktionäre Presse darüber seufzt, so entspringt das nur ihrem Horn darüber, daß das Monopol ihrer Anhänger durchbrochen worden ist. Ein ganz anderes Gesicht oder eher die Sohle, wenn auch sogenannte demokratische Wähler in der reaktionäre Horn blasen. Vor uns liegt die „Berliner Volkszeitung“ vom 20. Dezember, die gornglühend also loslegt:

„Sind denn die hannoverschen Sozialdemokraten total mit Blindheit geschlagen, daß sie nicht erkennen, wie sehr sie mit derartigen Entschlüssen die Geschäfte der Reaktion besorgen, die Feit und Recht über „Arippenwirtschaft“ und „Korruption“ schreiben wird? Aber Reaktion hin, Reaktion her: die Reinnüßanzrechnung der Parteiführerjahre läßt sich gar nicht disziplinieren. Und das weder vom wirtschaftlichen, noch vom moralischen Standpunkt aus!“

Diese Entrüstung ist zwar für die Reak, denn erstens haben die Sozialdemokraten in der hannoverschen Stadtverwaltung nicht die Mehrheit und wenn ein solcher Beschluß gefaßt wurde, so konnte das nur geschehen, wenn Zentrum und Demokraten oder mindestens eine dieser beiden Parteien dem zustimmten. Zweitens aber und das ist das Wichtigere: die demokratische „Volkszeitung“ sollte doch nicht vergessen, daß das außeramtliche Wirken im Sinne der Demokratie mindestens gleichwertig der Bureaukratiendienstzeit sei. Da sie es aber selbst nicht begreift, so mag sie sich von den Demokraten des „Berliner Tageblatt“ belehren lassen, die ja mit ihr im selben Rassehaus daheim sind.

Das „Tageblatt“ wendet sich gegen die reaktionäre Hege mit der Bemerkung, daß diese sich besonders gut ausnehme in den Organen einer Partei, die früher ungefähr die Hälfte des deutschen Volkes überhaupt nur als Objekt für Nummerwillkür ansehen wollte. Schließlich aber schreibt das „Tageblatt“ seinen Hinterhausgenossen zur gleichen Stunde das folgende ins Stammbuch:

Wer die Dinge unbesungen zu prüfen versucht, der wird mit einem herzerstehenden Urteil vorchtiger sein. Die Frage, inwiefern die Dienstzeit in einem Privatverhältnis auf öffentliche Dienste angerechnet werden kann, wird selbstverständlich nicht ein für allemal nach der einen oder anderen Seite entschieden werden können. Aber es wäre nicht anders als bürokratische Engstirnigkeit und Kleinlichkeit,

nur die im staatlichen oder kommunalen Dienst verbrachten Jahre als angemessene Vorbereitung anerkennen zu wollen. Man kann sonst dazu, daß zwar einem staatlichen oder städtischen Radwachter, der durch irgendwelche Zufälle zum Minister oder Bürgermeister aufsteigt, die sämtlichen Dienstjahre angerechnet werden, daß aber einem im Privatdienst erworbenen Politiker, der es zu einer ähnlichen Stellung bringt, die Jahrzehnte seiner Vorbereitungszeit einfach unterschlagen werden. Dem demokratischen Standpunkt wird man jedenfalls eine derartig strenge Scheidung zwischen amtlicher und freier Entlohnung nicht treffen können. Soll die Nachsicht vom „freien Aufstieg der Tüchtigen“ nicht zu einem letzten Wort werden, dann wird man allerdings im einzelnen Falle prüfen müssen, ob nicht die im privaten Dienst verbrachten Jahre als eine angemessene Vorbereitungszeit für den staatlichen Dienst angesehen und demgemäß auch berücksichtigt werden müssen. In Hannover scheint ja die Sache bereits im Sinne der genannten Personen entschieden zu sein, und wir möchten keinen Zweifel daran lassen, daß auch nach unserer Meinung Herr Reinert auf eine Anrechnung seiner früheren Tätigkeit Anspruch hat.

Wir haben diesen verständigen Worten nichts hinzuzufügen und wünschen nur, daß demokratische Wähler nicht aus purer Angst, irgend etwas zu veräumen, auf jede reaktionäre Reimrie stehen. Mit Recht fragt das „Tageblatt“ die Deutschnationalen, ob nicht auch Herr Helfferich, als er aus der Diktation der Deutschen Bank in den Reichsdienst überfiedelte, sich die im Privatdienst verbrachte Zeit bei der amtlichen Bestallung hat anrechnen lassen, um sich so für alle Fälle für später eine staatliche Pension zu sichern. Die Deutschnationalen werden sich freuen, in der demokratischen „Volkszeitung“ einen so treuen — Helfferich zu finden.

Aus der Verleumderecke.

Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, wurden die deutsch-nationalen Verleumdungen gegen die preussischen Minister Sebering und Gaenisch, deren völlige Haltlosigkeit sich bei der Essener Gerichtsverhandlung unumwiderlegbar ergab, von der „Deutschen Tageszeitung“ wieder aufgenommen und in ziemlich unverhüllter Form nunmehr gegen den Genossen Heine vorgebracht. Hierzu gibt dieser folgende Erklärung ab:

Die Verleumder gegen Sebering und Gaenisch suchen ihre Niederlage durch eine Klageklageklage zu verdecken, indem sie jetzt behaupten, daß nur durch ein Richteramt diese beiden Herren beschuldigt worden wären, der eigentliche Missetäter aber ich wäre. Ich also soll zwei Waggonen Kaffee „verschoben“ und 25 000 M. Schmiergelder erhalten haben. Die Behauptung ist so dumme, daß kein halbwegs vernünftiger Mensch ihr Glauben schenken wird.

Wie auch andere Behörden hatte das Preussische Ministerium des Innern sich bemüht, für seine Beamten und die Verwaltung der inneren Beamten in Berlin Lebensmittel, die dem freien Verkehr unterliegen, zu beschaffen. Die Beamten waren hierfür sehr dankbar. Unter anderem wurde bei einer Berliner Firma auf Brand deren Offerte Kaffee bestellt. Der Waggon, worin er transportiert wurde, geriet in Brand und mußte umgeladen werden. Auf Veranlassung irgend eines Eisenbahnbeamten wurde der Inhalt beschlagnahmt. Das Ministerium des Innern telegraphierte auf Anfrage der Polizeiverwaltung in Ahlen, daß es den Kaffee bestellt habe, worauf die Staatsanwaltschaft die Sendung frei gab. Dieses Telegramm habe ich lediglich in amtlicher Eigenschaft abgelesen, und es ist eine völlig aus der Luft gegriffene Erfindung, wenn irgend jemand behauptet hat, ich hätte die Freigabe nicht im Dienste, sondern privatim nachgeschaut. Als Privatmann habe ich mit der Lieferung nicht das geringste zu tun gehabt. Von der Kaffeebestellung habe ich überhaupt erst durch die telegraphische Anfrage Kenntnis erhalten.

Die Verleumdung ist bereits im Sommer 1910 in der Presse durch Darstellung des Sachverhalts abgetan worden. Trotzdem tauchte sie im Wahlkampf 1920 auf und wurde wiederholt. Sie scheint aber gewissen Politikern gar zu gut zu gefallen; ein deutlicher Beweis für die Verrohung und Gewissenlosigkeit des politischen Kampfes, die Deutschland zugrunde richtet.

Der deutsch-nationalen Verleumdung über den Essener Prozeß der Minister Gaenisch und Sebering setzt jetzt die „Kreuzzeitung“ die Krone auf. Sie weiß nur zu melden, daß der Prozeß „mit einem Vergleich abgeschlossen hat, in welchem dem Angeklagten ausdrücklich der gute Glaube zugesichert wurde“. — Daß der Angeklagte seine sämtlichen Behauptungen mit Bedauern zurücknimmt, daß er die gesamten Kosten übernimmt, daß er eine Geldbuße von 500 M. an die Armenkasse der Stadt Essen zu zahlen sich verpflichtet, daß er den Vergleich auf seine Kosten in zehn Zeitungen zu publizieren verspricht, all das hält die „Kreuzzeitung“ für so unwichtig, daß sie es ihren Lesern glatt unterschlägt! Das Blatt der Dhm und Goebcke hat in 30 Jahren seinen Charakter nicht geändert, es leidet noch heute an derselben Wahrheitsfeindschaft, die ihm Bismarck einst attestiert hat. Die Kuganwendung aber bleibt: mit reaktionären Verleumdern soll kein Mensch vergleichen und wenn sie noch so inieffizient um Gnade winkeln.

Massenaustritte aus der Landeskirche. Infolge angeblich unrichtiger Nachrichten über eine geplante Erhöhung der Kirchensteuer sind bis gestern in Kiel 10 000 Austritte aus der Landeskirche erfolgt. Die Kirchenflucht hält an.

In letzter Stunde

Vor Beginn des neuen Jahres richten wir noch einmal die dringende Bitte an alle unsere Parteifreunde und Leser, nicht zu erlahmen in der bisher so erfolgreichen Werbearbeit für den

„Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Gott und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark für Januar.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name: _____ Straße Nr. _____
Wohnung: _____
vorn — Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.
bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Ein „Wohltätigkeits“-Unternehmen.

Hungerlöhne zahlen in heutiger Zeit fast alle sogenannten Wohlfahrtsunternehmungen. In welcher Weise diese Unternehmungen auf Kosten ihrer Arbeiter und Angestellten Wohltätigkeit ausüben, davon ein Beispiel.

Der Verein für Kindererziehung und Volkskinderheime Berlin e. V., welcher seit 1898 besteht, richtete während der Kriegszeit die Spelung für Arbeiter, Angestellte und Beamte in den sogenannten Mittelstandsklassen ein. Während der Kriegszeit hat er aus diesem Unternehmen enorme Gewinne erzielt. Statt über den Angestellten und Arbeitern mit Hilfe dieser Gewinne die Gehälter und Löhne zu erhöhen, wurden dafür Kinderheime erworben. Die Löhne für die in den Küchen beschäftigten weiblichen Hilfskräfte betragen jetzt monatlich 102,50 Mark bis 286,50 Mark, wozu nebenher noch Mittagkost gewährt wird. Doch letztere nicht so ist, wie man es billigerweise eigentlich bei so niedrigen Löhnen annehmen sollte, erhebt man daraus, daß fast täglich Klagen über schlechtes Essen beim Betriebsrat und den Organisationen eingebracht werden.

Um diesen Mißständen einmal Einhalt zu gebieten, traten die beteiligten Organisationen an den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Hermann Abraham, heran zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Der „wohltätige“ Herr lehnte aber kategorisch alle Forderungen für das gewerbliche Personal in den Küchen ab und drohte jedesmal mit Schließung des Betriebes. Die Organisationen riefen, da alles Verhandeln sich als zwecklos erwies, den Schlichtungsausschuß an, damit dort eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Die Gehaltsforderung, welche sich für oben bezeichnete Angestellte auf 350 bis 400 Mark monatlich stellte, wurde vom Schlichtungsausschuß als nicht zu hoch anerkannt und durch Schiedspruch festgesetzt. Vom Verein wurde derselbe abgelehnt und wieder einmal in Gegenwart des Betriebsrats und der Organisationsvertreter in einer Vorstandssitzung die Schließung des Betriebes beschloffen.

Beim Demobilisierungskommissar wurde nun die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt. Aber dieser Herr lehnte, trotzdem der Verein einen Meierhof in beträchtlicher Höhe hat, die Verbindlichkeitsklärung ab mit der Begründung: da der Betrieb geschlossen wird, kann eine Erhöhung der Löhne nicht erfolgen. Wann wird der Betrieb geschlossen? Vorstandsbeschlüsse: 31. März 1920, 31. Dezember 1920, 31. Januar 1921 bzw. Ende März 1921. Bis dahin ist der Verein imstande, seine Arbeitskräfte weiter auszubenten, um für notleidende Kinder Weiber aufzubringen. In erster Linie sollte er erst dazu übergehen, dafür zu sorgen, daß die Kinder seiner Angestellten und Arbeiter von seiner „Wohltätigkeit“ etwas zu spüren bekommen; aber diese Wohltätigkeit kann er doch nicht in die Öffentlichkeit hinausposaunen.

Es ist hier unseres Erachtens nach Pflicht der Stadtverwaltung und der Erwerbslosenfürsorge, sich diesen Vertrieh einmal näher anzusehen. Es tut not, sonst fallen die rund 280 Arbeiter und Angestellten des „wohltätigen“ Unternehmens bald der Allgemeinheit zur Last durch Bezug der Erwerbslosenunterstützung.

Buchdruckerstreik in Danzig.

Die im Freistaatsbezirk Danzig beschäftigten Buchdruckergehilfen haben eine wöchentliche Lohn-erhöhung von 40 R. über den deutschen Tarif hinaus verlangt. Während unser Parteiorgan, die „Danziger Volksstimme“, das unabhängige Organ „Das freie Volk“ und die „Dziennik Gdansk“ diese Forderungen bewilligt haben,

haben die Buchdruckergehilfen in den Betrieben der „Danziger Zeitung“, der „Danziger Neuesten Nachrichten“, der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ und des „Danziger Volksblattes“ wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen die Arbeit am Donnerstag früh niedergelegt.

Kommunistische Methoden.

Die „Rote Fahne“ vom 19. Dezember 1920 brachte einen Bericht aus Oppenheim, überfälscht: Die Landarbeiter an die Front! Darin wird von einer Kreisvertrauensmännerversammlung des Landarbeiterverbandes berichtet. In einer Resolution wird gesagt, man sei mit der bisherigen Politik des Deutschen Landarbeiterverbandes nicht mehr einverstanden und fordere die Beseitigung der Arbeitsgemeinschaften. Außerdem wird der Vorstand aufgefordert, mit den übrigen Gewerkschaften eine Aktion einzuleiten zur Verwirklichung des Viele-felder Abkommens. Die Kontrolle der Produktion auf den Gütern durch Guträte, die Enteignung der Grundbesitzer und Bewirtschaftung der Güter durch Guträte wird unter anderem ebenfalls gefordert.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hierbei nicht um eine Konferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes, sondern um die Zusammenkunft einiger kommunistischer Wirkköpfe, die da unter Führung eines früheren Vertrauensmannes des Landarbeiterverbandes zusammenkamen. Der Wutjener Kommunisten wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß die dem Vorstand des Landarbeiterverbandes eingeschickte Resolution nebst Begleitbriefen nicht unterschrieben war. Die Handschriftprobe weist auf einen früheren Angestellten des Landarbeiterverbandes hin.

„Der wilde Mann.“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die „Holzarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer mit der Person des Herrn Paeth, Obermeister der Berliner Tischlerinnung. Wir erfahren aus diesem Artikel, daß der Herr Obermeister mit uns sehr böse ist. Es ist ihm nämlich ein großes Unglück widerfahren. Am 10. Dezember sandte er uns voll Stolz unter Verweisung auf den § 11 des Preßgesetzes eine Verächtigung zu und glaubte, sie am nächsten Tage in unserem Blatt zu finden und über eine Niederlage des „Vorwärts“ triumphieren zu können. Aber die Verächtigung des Herrn Obermeisters, die man etwa mit der Leberschrift „Unwahr ist, was wahr ist“ hätte versehen können, ruht immer noch in unserer Schublade und wir denken gar nicht daran, sie zu veröffentlichen. Darüber tobt Herr Paeth nun furchtbar in der „Nachzeitung“, dem Organ der Holzindustriellen. Aber er mag sich beruhigen. Wenn er von seinem Recht Gebrauch macht und plaudert, uns unter Verweisung auf den § 11 des Preßgesetzes zum Abdruck einer Verächtigung zwingen zu können, so muß er sich schon gefaßt lassen, daß wir von unserem Recht Gebrauch machen und die Verächtigung genau daraufhin prüfen, ob sie auch dem Preßgesetz entspricht. Ist das nicht der Fall, so können wir sie ablehnen. Das haben wir in diesem Falle getan. Herr Paeth aber hätte besser getan zu schwätzen und sich diese kleine Mißstellung zu ersparen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß die Bureaus im Gewerkschaftshaus heute nur bis 10 Uhr vormittags geöffnet eventl. zu erreichen sein werden, da wegen der Verweisung des Grenzpolizisten das Engländer sowie das Gewerkschaftshaus abgesperrt werden dürften.

Achtung, Funktionäre der A.G. 1! Am Sonntag, den 2. Januar ist nach den „Humboldt“-Zäun“ eine Funktionäerversammlung der A.G. 1-Werke einberufen. Die Versammlung ist von unverantwort-

lichen Personen unter Ausfluß der zuständigen Organisationen einberufen. Die Vertrauensleute, die auf dem Boden der S.P.D. stehen, bleiben dieser Zusammenkunft fern. Der Fraktionsvorsitzende der S.P.D.-Metallarbeiter.

Arbeitslose Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Kollegen, welche bis zum 15. Dezember arbeitslos waren, sich der Kontrolle unterzogen und die Weihnachtsgeldgratifikation noch nicht abgeholt haben, werden letztmalig aufgefordert, dieselbe bis zum Donnerstag, den 6. Januar 1921, im Bureau der Ortsverwaltung, Bethanienufer 10, 1. Treppe, in der Zeit von 9-12 und 2-5 Uhr abzuholen. Die Ortsverwaltung Berlin des D.E.V.

Die Hauptgeschäftsstelle des Afa-Bundes, Werkstr. 7, bleibt heute anlässlich der Trauerfeier für Karl Legien geschlossen.

Achtung, Afa! Heute vormittag 10 Uhr in den Sophienkäfen, Sophienstraße: Streikversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Volksfürsorge. Allgemeine Mitarbeiterversammlung der Volksfürsorgefunktionäre am Montag, den 3. Januar, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelauer 14/15. Tagesordnung: Geschäftsbericht vom Jahre 1920. Referent Gen. Bruno Müller. **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.** Ortsgruppe Berlin, 2. Abt. Sonnabend, den 1. Januar: Weihnachtfeier in Kadesstraße, 24. Anfang 8 1/2 Uhr nachmittags. Sonntag, den 2. Januar, nachmittags 2 Uhr, Marienfelde, Kolonnenweg, Berliner Straße. Start: Fontanepromenade 18, Lustgarten. Gäste willkommen. **Arbeiter-Radfahrerverein „Groß-Berlin“.** Heute 7 Uhr: Silvesterfeier, Mariendorf, Kurfürststr. 44. Sonnabend, nachmittags 1 1/2 Uhr, Sielermal, Heideburg. Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, Johannisdahl, Berlin. Start: Mariannenplatz. **Freireligiöse Gemeinde.** Am 1. Januar, vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Köpenicker Straße. Vortrags des Herrn Dr. K. Koenig: Die Stellung der Freireligiösen zum Judentum. Am 2. Januar, Herr Dr. K. Preis: Der Prediger in der Volkswirtschaft. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage über einen Sachverhalt und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Einige Anfragen trafen in der Juristischen Sprechstunde ein. Besondere S. L. der Redakteur Hans vor. Schriftsätze und Besuche sind mitzubringen. **H. H. 2812.** Die Sache ist zurzeit noch so ungeläutert, daß wir Ihnen eine bestimmte Auskunft nicht geben können. — **H. H. Tegel.** Die Besonderen Hans Loth-Davies, R. 113, Bismarckstr. 49, und Hans Herrmann, Charlottenburg, Wilhelmsdörfer Str. 10, III, sind zur Überlegung bereit.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Ernest Reiter, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Wiedt, Berlin. Verlag: Friedrichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Friedrichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. (Eigentümer: Carl Friedrichs, Berlin, Köpenicker Str. 49, 2. Oberz. 1. Stiege.)

Dujardin
der prächtvolle
französischen Cognac.

DUJARDIN & Co G.m.b.H. ÜRDINGEN * RL.
L'AROCHELLE (COGNAC-CHARENTAIS MÄDINE)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114.
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4948 und 4947.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

Zum
Stadtbahnhof

Die gute
MASSARY
ZIGARETTE
BERIINS
populärste
Zigaretten-
Marke

Die gute
MASSARY
ZIGARETTE
URTEILEN
SIE SELBST

Prosit
Neujahr
allen
MASSARY
Rauchern

Marie
1921
Die gute
MASSARY
Zigarette

Herrn & Damen
Friseur

SILVESTER
AM
BAHNHOF
FRIEDRICHSTR.

KON
LINON